

175 // Juni/Juli 2013

Her yer Taksim! - Her yer direniş!

Werte Leser_innen,

vorab unseren herzlichen Glückwunsch an die Interim – toll - 25 Jahre!
Wir selbst schaffen das sicher auch noch. Erstmal haben wir uns entschlossen mit unserem Titelbild die "Schwarze Reihe" zu beginnen. Weniger in Gedenken an die letzte Serie der Radikal (um die wir sehr trauern) als aus finanziellen Gründen und weil wir das richtig schick finden.

Her yer Taksim, her yer direniş! – Taksim ist überall, Widerstand ist überall! Nach den letzten Aufständen in der Türkei fanden wir in dieser Zeck-Ausgabe einen Schwerpunkt dazu sinnvoll.
Als solidarische Aktivitäten konnten wir in Hamburg Demos und eine Platzumbenennung ausmachen und wir hoffen, dass das noch nicht alles war.
Jedoch freuen wir uns auch sehr über die anderen Bekennungsschreiben, die uns erreicht haben und die wir natürlich dokumentieren wollen.

Ebenfalls hat uns ein Beitrag zu der „Für die Soziale Revolte"-Demo Ende April erreicht. Dieser irritiert uns in Teilen doch sehr. Euer allgemein gefrusteter Tonfall und das Pauschalurteil in Bezug auf die Flora ist doch sehr unsolidarisch. Und by the way auch wir sind Teil der Flora Strukturen und deshalb aus euer Sicht jetzt alles Bewegungsmanager_innen und Berufsaktivist_innen? Gut zu wissen, war uns noch nicht so klar.
Aber Spaß beiseite: Wir glauben das sich unangemeldete Spontandemos und offene Großaktionen nicht gegenüberstehen, sondern sinnvoll ergänzen sollten. Auch glauben wir nicht, dass es schlecht ist, wenn Menschen mit unterschiedlichen Bezügen zusammen kommen, sondern dass sich gerade aus unseren Unterschieden und Widersprüchen eine Stärke entwickeln kann.

Als Beilage haben wir in einigen Ausgaben ein Plakat der „Sommer für Sonja" Kampagne rein bekommen. Macht solidarische Aktionen und vergesst nicht die Gefangenen!

Wir hoffen möglichst viele von euch finden dieses Jahr den Weg nach Sachsen Anhalt zum „War start´s here" Camp und spucken den Mördern in Uniform vom 21. bis zum 29. Juli gehörig in die Suppe.

Liebst eure Bewegungsmanager_innen und Berufsaktivist_innen von der Zeck

Nicht vergessen: Texte, Spenden gute Wünsche bis zum 20. August in unser Postfach

Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Kurzes

Werde Schwarzmarkt Unterstützer_in!

Der Schwarzmarkt ist ein unkommerzieller, kollektiv betriebener Infoladen in Hamburg, der seit über 30 Jahren besteht. Bei uns gibt es diverse Flugblätter, Flyer und Plakate zu aktuellen politischen Auseinandersetzungen aus Hamburg und Umgebung, sowie zu bundesweiten und internationalen Kampagnen. Ergänzt wird dies durch eine große Palette an Zeitschriften, Zeitungen und Broschüren sowie ausgewählten Büchern. Doch nicht jede Zeitschrift muss gekauft werden: In unserer Leseecke bieten Zeitschriften als Leseexemplare an, in denen bei Kaffee, Kaltgetränk und manchmal sogar Kuchen gestöbert werden kann. Seit unseren Anfängen archivieren wir den Großteil dessen, was uns an Informationen so erreicht. Ihr findet hier eine große Fülle an Texten und Flugblättern zu diversen Themen und Zeitschriftensammlungen, nicht selten ab der ersten Ausgabe. Darüber hinaus gibt es bei uns: Aufnäher, Aufkleber, T-Shirts, Pullis, Musik, Kaffee, Buttons, und vieles mehr. Des Weiteren gibt es einen Raum nur für FrauenLesbenTrans/Intersexuelle, der für Männer nicht zugänglich ist, welcher zum einen Rückzugsraum ist und zum anderen spezielle Informationen, Themenordner und Literatur zu Sexismus und Patriachat, feministischen Theorien usw. bereithält.
Wir wollen, dass Informationen möglichst weit verbreitet werden. Deshalb könnt ihr euch bei uns Infotische für eure Aktionen zusammenstellen und ausleihen.
Für unsere Eigenständigkeit finden wir es richtig und wichtig, finanziell unabhängig zu sein. Deshalb finanzieren wir uns quasi ausschließlich über Spenden. Da das alles andere als einfach ist und wir leider chronische Geldsorgen haben, freuen wir uns – neben tatkräftiger Unterstützung – immer auch über finanzielle Hilfe. Um vor allem unsere laufenden Kosten (Miete, Telefon, usw.) decken zu können, sind wir auf regelmäßige Beiträge angewiesen. Wir würden uns freuen, wenn Ihr uns dabei helft und Schwarmarktunterstützer_innen werdet und einen kleinen Dauerauftrag auf unser Konto (siehe unten) einrichtet. Auch über Partys und Konzerte, deren Erlös ihr uns zur Verfügung stellt, freuen wir uns natürlich!

Öffnungszeiten

Montag von 15 Uhr bis 18:30 Uhr
Donnerstag, Dienstag und Freitag von 15 Uhr bis 19 Uhr
Cis-Männer-freien Tag:
1. und 3. Mittwoch von 15 bis 18 Uhr
2. und 4. Mittwoch von 15 bis 19 Uhr
Gefangenen-Soliwerkstatt
jeden 1.Donnerstag 15 bis 18:30 Uhr

Infoladen Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
mail: schwarzmarkt@riseup.net
http://schwarzmarkt.noblogs.org/

Kontoverbindung:
Verein zur Förderung der politischen Kommunikatiob E.V.
Ktnr.: 711712204
Blz: 200 100 20 Postbank

################################

Camp Vision 2013

Dieses Jahr wird das Camp Vision von 05.08-12.08 auf dem Eschenhof in Hamburg/Bergedorf stattfinden. Es existiert seit 2008 und soll Menschen unterschiedlichen Alters ansprechen.
Die Planung übernimmt kein fester Vorbereitungskreis; jedes Jahr verabreden sich Einige als neuer offener Vorbereitungskreis für die Planung des nächsten Jahres. Daraus ergibt sich ein Wandel im Konzept und Struktur. Dieses Jahr entschied sich die Vorbereitung dafür, die Woche des Camps in einzelnen Thementagen zu strukturieren. Das soll möglichst viel Transparenz schaffen und auf breiter Ebene Interessierte ansprechen.
Die Thementage werden im Rahmen von Workshops und Veranstaltungen inhaltlich gefüllt. Dazu sind verschiedene Gruppen/Referent_innen angefragt.
Darüber hinaus sind offene Räume ein wichtiger Bestandteil der Struktur, in denen sich Teilnehmer_innen mit eigenen Ideen und Workshops einbringen. Wir wünschen uns, dass die Veranstaltungen möglichst partizipativ angelegt sind, weil wir der Meinung sind, dass dies zu Selbstermächtigung und unabhängigerem Wissensaustausch beiträgt.
Es soll eine Atmosphäre geschaffen werden, in der Austausch und Diskussionen sich entfalten oder entbrennen können. Maßgebend ist dabei ein respektvolles Miteinander und gegenseitige Rücksichtnahme, aber auch die Möglichkeit mal was „Falsches" sagen zu dürfen bzw. Zweifel äußern zu können.
Wir sehen das Camp auch als einen Ort an dem gesellschaftliche Normen, Zuschreibungen und Rollenverhalten in der Praxis kritisch hinterfragt und widerständiges Zusammenleben erprobt werden soll.
Das Camp soll kollektiv organisiert und die anfallenden Aufgaben gemeinschaftlich bewältigt werden.
Zum Ausklang des Camps wird es eine fette Drum 'n' Bass Party geben, am 10.08...
Das aktualisierte Programm und alle Infos die ihr braucht, findet ihr bald in Papierform bzw. unter www.campvision.blogsport.de
Kommt einzeln und in Banden, bringt euch ein.

Thementage

Montag 05.08.: Anreise und Aufbau
Dienstag 06.08.: Anarchie / Autonomie
Mittwoch 07.08.: Heteronormativität/ Antira
Donnerstag 08.08.: DiY / Utopie
Freitag 09.08.: Solidarische Ökonomie/ Konsum
Samstag 10.08.: Hip Hop / Urban Streetart
Sonntag 11.08.: Wohnprojekte-Austausch
Montag 12.08.: Abbau und Abreise

Info-Cafe und Kneipenabend am 21.07. Yuppie Bar im Gängeviertel.

##############################

Getroffen hat es einzelne, gemeint sind wir alle!

Lübeck. Irgendjemand ist immer der dümmste – die Lübecker „Staatsschützerinnen" (Kommissariat 5) führen die Liste an. Das Lübecker Bündnis „Wir können sie stoppen" bezeichnete die aktuelle Bespitzelungsaffäre gegen Lübecker Antifaschist_innen als „Höhepunkt der Perversität" seitens der staatlichen Repressionsorgane in Lübeck und Umland.

Hintergrund

Anfang April wurden Lübecker Staatsschützer_innen des Kommissariats 5 dabei beobachtet, wie diese sich an einem Fahrzeug ein_er Antifaschist_in zu schaffen machten. Sichtlich überrascht reagierten die eingesetzten Beamt_innen gereizt auf die Frage, was sie an dem Fahrzeug zu suchen hätten. Sie interessierten sich für das Fahrzeug, erwiderte einer der Beamten. Welche Art von Interesse die Beamt_innen hatten, wurde nach einer Inspektion des Fahrzeugs relativ schnell deutlich. Im Radkasten auf der Fahrer_innenseite des Fahrzeugs wurde ein GPS-Tracker installiert.
Was viele Menschen als schlechten Scherz abtun würden, ist harte Realität. Nichts Neues, wenn es um Kriminalisierung antifaschistischer Initiativen geht, jedoch immer wieder ungewohnt, wenn mensch selbst davon betroffen ist. Die Überwachung per GPS ist dabei mit Sicherheit nicht das erste „Ermittlungstechnische Mittel", das zur Be-

spitzelung antifaschistischer Bewegungen eingesetzt worden ist; im vorrausgegangen ist erfahrungsgemäß die Online-Überwachung, sprich das Mitlesen von Mails oder die Datenauswertung von telefonischen Verbindungen.
Warum das alles geschehen ist, kann in unzähligen spekulativen Argumenten nur schwammig hergeleitet werden. Fakt ist, dass der aktuelle Verfassungsschutzbericht für Schleswig-Holstein das übliche Geseiere gegen antifaschistische Aktionen beinhaltet. Neu dagegen sind die Positionen gegen antifaschistische Recherche Arbeit; so heißt es im VS-Bericht, die antifaschistische Recherche Arbeit würde polizeiliche Ermittlungen behindern. Was das konkret bedeutet oder bedeuten soll, wird nicht weiter ausgeführt. Zudem wird in dem Bericht die Befürchtung geäußert, politische Strukturen könnten sich festigen und ausweiten.
Zusammengefasst bedeutet dies, dass es nur ein Ziel ist, politisch motivierte Straftaten zu verfolgen, vielmehr geht es jedoch darum, das Potenzial, das in der linksradikalen Lübecker Bewegung steckt, durch forsche Repressionsmaßnahmen zu mindern. Dies spiegelt sich auch in den Versuchen wieder, Druck auf einzelnem Mitglieder der Lübecker Szene auszuüben. So wurden nach dem Finden des GPS-Trakkers zwei Genoss_innen von Staatsschützer_innen des Kommissariats 5 aus Lübeck auf ihrem Nachhauseweg begleitet oder vor ihren Wohnungen abgefangen. Diese offensichtlichen staatlichen Repressionsmaßnahmen sind in ihrer Ausführung und Qualität so bescheiden, dass die Verzweiflung nach polizeilichen „Ermittlungserfolgen" offensichtlich wird. Repression kann nur wirken, wenn mensch sich darauf einlässt – nicht nur ein Spruch, sondern alltägliche Praxis!

GPS-Tracker
werden dafür verwendet, sogenante „Bewegungsprofile" zu erstellen, um Erkenntnisse darüber zu erhalten, welche Wegstrecken zurückgelegt und welche Zielorte das Fahrzeug angefahren hat. Alternativ können solche Geräte um eine „Abhörvorrichtung" erweitert werden, um eventuelle Gespräche im Inneren des Fahrzeugs mitzuschneiden. Die Daten dieser Überwachung können jederzeit durch GPS abgerufen und die erhaltenen Informationen in Kartenausschnitten gekennzeichnet werden.

Umgang mit staatlicher Repression
Die Offensive, nicht nur medial, sondern auch praktisch, ist der Schritt gegen staatliche Repression; konkret bedeutet es, dass die aktuelle Situation öffentlich gemacht werden muss. Im unserem Fall haben Anwält_innen den GPS-Tracker im Beisein vertrauensvoller Journalist_innen demontiert. Die Dokumentation des Erlebten wurde überregional medial über verschiedene Kanälle öffentlich gemacht. Des Weiteren wurden lokale Strukturen über diverse Wege für das Thema sensibilisiert. Das Maifest auf der Wallhalbinsel mit mehr als 4000 Besucher_innen wurde genutzt, um die Thematik in der lokalen Struktur zu verankern. Ein Anfang, jedoch definitiv nicht das Ende des Liedes. Der Forderung an die polizeilichen Ermittlungsorgane, die Karten auf den Tisch zu legen, ist bisher noch nicht Folge geleistet worden. Wie es zu erwarten war, möchte keine der Polizeibehörden für die Bespitzelungsaffäre verantwortlich sein. Positiv daran ist, dass dies im Falle eines Verfahrens schriftlich vorgelegt werden kann. So kurios sich alles auch anhören mag, so bleibt dennoch die Solidarität. Dieser Fall ist nicht der Anfang gewesen und wird auch nicht das Ende sein. So viel steht fest. Wir verbleiben in offener Feindschaft gegenüber den Bullen, dem Staat und der ganzen anderen Kackscheiße, die uns und andere hindern, ein selbstbestimmtes Leben zu führen!
Wir laden euch ganz herzlich ein. An unserer Soliparty am Samstag 27.07. in der Roten Flora teilzunehmen. Unter dem Motto „Annan und Arthurs haltens Maul" möchten wir mit euch zusammen gegen Repression und die ganze Scheiße zu feiern.

################################

Spontandemo in Gedenken an Clément Méric

Am 09.06.2013 fand in Hamburg eine spontane und unangemeldete Demo in Gedenken an Clément Méric statt. Am Mittwoch, den 5.6.2013, wurde der 18-jährige Antifaschist Clément Méric in Paris von Faschist_innen ermordet. Aus diesem Grund gingen am 9.6.2013 in Hamburg 300 Menschen spontan und unangemeldet auf die Straße. Die Demo ging von der Roten Flora durch das Schanzenviertel über die Reeperbahn bis zum Hafen. Dort wurden zwei Redebeiträge verlesen und Flyer an Passant_innen verteilt. Der anfängliche Versuch der Bullen die Demo aufzustoppen, konnte umgangen werden und die Demo lief in zügigem Tempo, unangemeldet, lautstark und kraftvoll bis zum Ende am Hafen. Wir wünschen den Angehörigen, Freund_innen und Genoss_innen von Clément viel Kraft! On est ensemble, on n'oubliera pas - Wir stehen zusammen, niemand wird vergessen!

Repression und Naziaktivitäten

Hausdurchsuchung und Nazi Angriff in Hamburg-Bergedorf auf linkes Jugendzentrum
Am 29.05.2013 zogen gegen 14 Uhr zahlreiche Polizeieinheiten in der Umgebung des linken Jugendzentrums Unser Haus e.V. / Café Flop auf. Über 60 Beamte, teils in Zivil, waren im Einsatz und durchsuchten eben jenes Haus. Sie begannen im Garten und filzten die sich dort aufhaltenden Personen und anschließend sämtliche Räume. Die Räume wurden alle abgefilmt und Spürhunde waren im Einsatz. Gegen 16 Uhr zogen diese „erfolglos" wieder ab. Begründet wurde die Hausdurchsuchung mit vermeintlichem Drogenkonsum und -Handel. Gefunden wurde lediglich eine kleine Menge „verdächtiger Substanzen".
Wir denken, dass diese Hausdurchsuchung einen anderen Hintergrund hatte. Menschen, die sich in diesem Haus aufhalten, sollen von einem derartigen Aufgebot abgeschreckt und kriminalisiert werden. Besonders in Zeiten, in denen die rechten Aktivitäten in Bergedorf wieder zunehmen, scheint es in den Augen des Repressionsapparates eine günstige Gelegenheit zu sein, mögliche linke Strukturen ausfindig zu machen und diese zu verunsichern.
Ein besonderes Indiz hierzu ist es, dass der Durchsuchungsbeschluss wenige Stunden vor der Aktion ausgeweitet worden sein soll. Ursprünglich sollten nur der Garten durchsucht werden, kurzfristig wurde dies auf das gesamte Haus ausgeweitet, mit der Anweisung die Räume zusätzlich zu filmen.
Wir lassen uns nicht Einschüchtern, dies bleibt unser Haus!

Neonazis greifen linkes Jugendzentrum an – Rechte Aktivitäten nehmen zu
In der Nacht nach der Hausdurchsuchung im Café Flop/Unser Haus e.V. meinten die Neonazis, die Gelegenheit zu nutzen und einen weiteren Höhepunkt ihrer Aktivitäten im Raum Hamburg-Bergedorf zu setzen. Zwischen 2-3 Uhr in der Nacht vom 29. auf den 30.5.2013 drangen Neonazis auf das Gelände des Hauses ein und zerstörten die Fensterscheibe eines dort parkenden Autos. Eine Fensterscheibe im 1. Stock wurde bei der Attacke ebenfalls stark beschädigt. Glücklicherweise kamen keine Personen zu Schaden! In diesem Zusammenhang wurden in der Nähe des Hauses auch einige Aufkleber verteilt. In der darauffolgenden Nacht wurden Aufkleber gleicher Art in der Umgebung und am Haus verklebt. Diese Vorfälle zeigen mal wieder, Antifa gehört in die Offensive. Organisiert euch, bildet Banden!

Antifa Hamburg-Bergedorf

Manifestation und Talk-Show: Zwangsräumungen verhindern!

Kundgebung gegen Zwangsräumungen mit Betroffenen und Aktivist_innen aus Berlin und Hamburg am 15.06.2013 um 16:00 Uhr in der Schanzenstraße Ecke Ludwigstraße



"Zwangsräumungen leichtgemacht – Das neue Mietrecht ist ein Sieg für die Vermieterlobby", so betitelte das ARD Politikmagazin 'Report Mainz' ein Anfang Mai eingeführtes Gesetz, das es Vermieter_innen künftig erlaubt, eine Zwangsräumung auch ohne vorherige richterliche Anhörung der Betroffenen im ad hoc Verfahren durchzuführen.

Nur einige Wochen zuvor verstarb eine Berliner Rentnerin kurz nach einer vollzogenen Zwangsräumung in einer Kältenotunterkunft. Nach einer Schätzung des Mieterbunds finden bundesweit rund 70.000 Zwangsräumungen pro Jahr statt, Tendenz steigend. Dass ausgerechnet der Berliner Todesfall von Anfang April diesen Jahres ein bundesweites Medienecho hervorrief, liegt nicht zuletzt an der Unterstützung des Berliner Bündnisses 'Zwangsräumungen verhindern'. Durch praktizierte Solidarität in Form von Blockaden und unterstützender Medienarbeit wurde bereits vor der Zwangsräumung mit Todesfolge die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Thema gezogen und der eine oder andere Räumungstermin musste abgesagt werden.

In Hamburg tut sich hingegen wenig und es ist an der Zeit, dass sich daran etwas ändert. Nahezu 1.600 Zwangsräumungen hat es allein im vergangenen Jahr gegeben und angesichts der aktuellen Ereignisse drängen sich Fragen auf: Woher rührt das allgemeine Schweigen in Anbetracht solch hoher Zahlen? Bei wie vielen Zwangsräumungen wird physischer und psychischer Schaden der Betroffenen billigend in Kauf genommen? Wie viele von ihnen enden in der Obdachlosigkeit? Und können all diese Zwangsräumungen tatsächlich auf das individuelle Versagen der Betroffenen zurückgeführt werden? Wir sagen nein!

Denn Zwangsräumungen fallen nicht vom Himmel und sind auch nicht einfach ein Selbstverschulden der Betroffenen. Sie sind Ausdruck einer Gesellschaft, in der die Menschen über ihren Marktwert definiert werden. Sie sind Bestandteil eines kapitalistischen Systems von Zwängen, in dem der ökonomische Druck der Verhältnisse und deren politische und bürokratische Absicherung Hand in Hand gehen.

Auf der Ebene von Stadt spiegeln Zwangsräumungen Wohnungsknappheit und Mietenwahnsinn. Sie moderieren den Austausch der Bewohner_innen angesagter Innenstadtbereiche und sie sind repressives Instrument bei der Vertreibung ärmerer Menschen aus aufzuwertenden Vierteln, welche die „gewalttätigste Form der Gentrifizierung" (Bündnis gegen Zwangsräumungen Berlin) darstellt.

Auf sozialpolitischer Ebene erfüllen Zwangsräumungen zudem eine wichtige Funktion bei der Maßregelung von HartzIV-Empfänger_innen und anderen marginalisierten Gruppen. Sie sind psychische Drohkulisse und finale Maßnahmen, um arbeitslose und gesellschaftlich schwache Menschen zur Aufgabe von vermeintlich unangemessenem Wohnraum und Lebensstandard zu veranlassen. Es geht darum, sie zu unterwerfen und ihnen eine Ethik des Verzichts aufzuzwingen.

Vor diesem Hintergrund bewegt uns, wie es seit dem vergangenen Jahr in Berlin gelungen ist, dass Hunderte auf die Straße gehen, um Zwangsräumungen zu verhindern, und wie diese Entwicklung politisch zu bewerten ist. Wie ist die Situation eigentlich in Hamburg? Gibt es auch hier die Bereitschaft, in diese Richtung aktiv zu werden? Und wie könnte das aussehen angesichts der Individualisierung und Vereinzelung der Betroffenen?

Darüber wollen wir im Rahmen einer öffentlichen Talkshow mit Gästen aus Berlin und Vertreter_innen verschiedener Initiativen aus Hamburg diskutieren. Mit dieser Kundgebung und darüber hinaus sollen Zwangsräumungen auch in Hamburg zum öffentlichen Thema gemacht und Interventionsformen entwickelt werden.

Der Protest gegen und die Verhinderung von Zwangsräumungen knüpft an den Widerstand gegen Gentrifizierung und Mietenwahnsinn an. Denn wie die Zwänge des Wohnungsmarktes insgesamt sind auch Zwangsräumungen kein privates Problem, sondern Ausdruck von Verhältnissen, gegen die wir uns wehren können, indem wir sie sichtbar machen und uns solidarisch einmischen. Die Verhinderung von Zwangsräumungen ist eine Praxis gegen die Eigentumslogik des Wohnungsmarkts und deren politischer Durchsetzung, gegen die Stadt als Unternehmen und ‚Standort'. Einer Politik, wie aktuell der des SPD-Senats, die Wohnraum alternativlos als Ware begreift, wird entgegengewirkt und die Forderung nach einer Vergesellschaftung von Wohnraum in neuer Form auf die Tagesordnung gesetzt.

Im Rahmen der Kundgebung wird als ein erster Schritt ein „Info- und Anlaufpunkt Zwangsräumung verhindern!" eingerichtet. Dieser richtet sich an von Zwangsräumungen Betroffene und Bedrohte, die solidarische Unterstützung suchen, dient aber auch dem Sammeln und Auswerten von Informationen sowie der Vernetzung von solidarischen Menschen, die in diese Richtung aktiv werden wollen.

Platz nehmen – Stühle mitbringen - Wohnraum vergesellschaften!
Die Stadt gehört allen!

Polizei eskaliert Volxküche im Schanzenpark

Am 21.06. folgten insgesamt etwa 60 Menschen der Einladung zur seit 2007 monatlich stattfindenden Volxküche vorm Mövenpick – Hotel im Sternschanzenpark. Dieses mal stand die „Vokü mit sportlichem Rahmenprogramm“ unter dem Motto „Gefahrengebiete abschaffen! Der Park gehört Allen!“ Dieses Motto fand sich auch auf einem Transparent der Parknutzer_innen wieder.

Hintergrund ist, dass seit dem 01.06.2013 im gesamten Schanzenviertel ein sog. „Gefahrengebiet“ eingerichtet wurde: Zwischen 13:00 Uhr und 03:00 Uhr bzw. 04:00 an den Wochenenden ist es der Polizei seitdem möglich, verdachtsunabhängige Personenkontrollen, Platzverweise sowie Ingewahrsamnahmen durchzuführen.

So sperrten die Bullen dann auch den öffentlichen Rundweg um den Schanzenturm, in dessen Bereich traditionell die Vokü stattfindet. Begründet wurde diese Maßnahme damit, dass sie im Internet die Einladung entdeckt hatten, in der neben weiteren sportlichen Aktivitäten auch ein „Christbaumkugelweitwurf“ angekündigt wurde.

Die Volxküche wurde dann auf der Straße vor dem Hoteleingang aufgebaut. Dies veranlasste die Bullen, eine Kette direkt vor dem Hoteleingang zu bilden. Sichtlich verunsicherte Hotelgäste mussten somit zwischen den Bereitschaftsbullen hindurchgehen und wurden beim Betreten oder Verlassen von den Bullenhunden angebellt bzw. angesprungen.

Nachdem die Vokü bereits einige Zeit lief, und nachdem der Einsatzleiter die Räumung der Straße angekündigt hatte, informierte dieser die Anwesenden in militärisch zackigem Ton: „Die Volksküche darf hier stattfindenden!“

Nebenbei sorgte das sportliche Rahmenprogramm für kurzweilige Unterhaltung.

Die Gewinner_innen des Christbaumkugelparcours durften sich über die Preise in Form veganer Gummibärchen freuen.

Gegen 21:00 Uhr wurde unter den wachsamen Augen der Ordnungshüter_innen die Vokü abgebaut. Eine Gruppe von etwa fünfzehn Menschen nutzte den angenehmen Sommerabend für einen kleinen Spaziergang durch den öffentlichen Schanzenpark. Diese „bedrohliche“ Situation veranlasste die Bullen, die Spaziergänger_innen brüllend zu kesseln und an den Menschen herumzuzerren und zu stoßen. Zwei Personen wurden unter Einsatz massiver körperlicher Gewalt in Gewahrsam genommen.

Alle Anderen erhielten nach Personalien- und Personenkontrollen Platzverweise für den gesamten Park bis 00:00 Uhr.

Die „naheliegende“ Begründung der Bullenschikane: „Gefahrengebiet“.

Nachdem sich die Büttel versichert hatten, dass alle kontrollierten Menschen den Park verlassen haben, nahmen sie ihren Wachposten am Hotel wieder auf. Die „unerwünschten Personen“ saßen vor dem Park und wollten den Tag gemeinsam bei einem Bier ausklingen lassen.

Gegen 03:00 Uhr wurden die Menschen auch dort von den Bullen festgehalten: Personalienkontrollen, Platzverweise für das Schanzenviertel und Androhung der Ingewahrsamnahme bei Nichtbeachten.

Der Tag lieferte einen intensiven Vorgeschmack auf die nächsten Monate.

Es wurde deutlich, dass die Bullen nicht nur tun und lassen können was sie wollen, sondern dass sie ihre „neuen“ Sonderrechte gegen Alle nutzen, die sie als störend empfinden.

In diesem Zusammenhang wurde für Samstag zu einem „radikalen Spaziergang gegen Gefahrengebiete“ aufgerufen.

Klar ist aber auch: Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir sind viele und kommen immer wieder!

Gefahrengebiete abschaffen! Der Park und das Viertel gehören Allen!

Den öffentlichen Raum zurückerobern – und zwar von unten!

Eine Stellungnahme des Gängeviertels zum Gefahrengebiet Schanzenviertel.

Du bist auf dem Weg nach Hause, es ist spät, und es ist dunkel. Ein Uniformierter stellt sich Dir in den Weg. "Kann ich mal sehen", sagt er und greift nach Deinem Ruksack. Du sagst: "Nein, können sie nicht. Um was geht es denn?" Der Uniformierte hält Deinen Rucksack fest und Dich auch.

"Was liegt gegen mich vor, lass mich los, wer bist denn Du?" Du bist erschreckt und aufgeregt. Ein Wort gibt das andere, ein Gerangel, inzwischen ist ein zweiter Uniformträger da. Wenig später bist Du im Polizeigriff, Dein Rucksack offen und Dein Ausweis in deren Händen. Sie schreiben, und einer schaut hoch: "Ich erteile ihnen einen Platzverweis bis morgen Nachmittag." "Aber ehh, aber... ich wohne hier." "Verlassen Sie das Gebiet, sonst werden wir sie festsetzen."

Gefahrengebiet heißt das offiziell. Bereits mehrfach im Zusammenhang mit dem Schanzenfest ausprobiert, steht seit dem 1. Juni das ganze Schanzenviertel unter Generalverdacht und unter polizeistaatlicher Kontrolle. Obwohl sogar der Leiter der Polizeiwache 16 im Schanzenviertel anlässlich des ersten runden Tisches erklärt hatte, dass sich der Verkauf von Drogen im Florapark unter keinen Umständen "militärisch" unterbinden ließe. Und selbst wenn, würde er nur zwei Straßen weiter verschoben. Das Gefahrengebiet richtet sich also kaum gegen die Drogenszene, sondern gegen einen unbequemen Stadtteil, der sich gegen die Übernahme durch Spekulanten wehrt, die es gerne etwas stressfreier hätten. Die Vertreibung auf der Straße hat etwas zu tun mit der Vertreibung aus den Wohnungen und umgekehrt.

Ausgehandelt wurde die Maßnahme am "Runden Tisch" unter Moderation von Martin Brinkmann, Geschäftsführers der STEG – Stadtentwicklungsgesellschaft mbH. Sie ist Teil der so genannten "Rückeroberung des öffentlichen Raums", der sich die Runde verschrieben hat (vgl. diesen taz-Artikel, "Polizeirecht in der Schanze").

STEG? "Rückeroberung des öffentlichen Raums"? Mit beidem kennen wir uns im Gängeviertel bestens aus. Die kulturelle Aneignung des Viertels vor dreieinhalb Jahren war schließlich die Rückeroberung eines ganz besonderen Stücks des öffentlichen Raums in Hamburg. In dessen Folge ist das Gängeviertel nicht nur zu einem Symbol des Aufbegehrens gegen eine einseitig investorenorientierte Stadtentwicklungspolitik, gegen Gentrifizierung, für Freiräume und Selbstbestimmung geworden, sondern es wurde auch die Sanierung der Häuser erkämpft. In diesem Zuge hat die Stadt Hamburg die STEG als Sanierungsträgerin eingesetzt.

Womöglich blüht dem Gängeviertel irgendwann daher das gleiche wie dem Schanzenviertel derzeit – eine vermeintliche "Rückeroberung des öffentlichen Raums", die das genaue Gegenteil ist: Die Vertreibung von Menschen aus dem selbigen. Damit würde genau das rückgängig gemacht, was wir im Gängeviertel erkämpft haben: einen selbstverwalteten Freiraum der allen offen steht, die sich einbringen oder ihn so-

lidarisch nutzen möchten. Damit das Gängeviertel ein Ort für alle bleibt haben wir die Gängeviertel Genossenschaft 2010 eG gegründet. Es gibt allerdings noch viel zu tun, und wir brauchen weiter die Unterstützung von Hamburgerinnen und Hamburgern durch das Zeichnen von Genossenschaftsanteilen.

Der einzige Weg ist: sich nicht vertreiben zu lassen, sich den öffentlichen Raum zurück zu erobern – und zwar von unten!

Gegen polizeiliche Gefahrengebiete! Für selbstbestimmte Freiräume!

Wir nehmen uns die Häuser!

Wir nehmen uns die Marktstraße! Was passiert in der Stadt?

Seit Jahren schon ist Hamburg, genau wie andere Großstädte auch, von einer systematischen Aufwertung des Stadtbildes betroffen. Ganze Viertel werden umstrukturiert, aufgehübscht und somit bewusst teurer gemacht. Dass dies steigende Mieten und die Vertreibung von langjährigen AnwohnerInnen nach sich zieht, müsste mittlerweile auch einer großen Masse bekannt sein. So sind die Mieten in den vergangenen Jahren um bis zu 70 % gestiegen, die Durchschnittsmiete beträgt 8 €/qm, bei Neuvermietungen sind es sogar 14 €/qm (kalt).

Gleichzeitig entstehen Luxusprojekte, wie das Bauvorhaben um die ESSO-Häuser, für welches AnwohnerInnen und LadenbetreiberInnen weichen sollen (2/3 der neuen Wohnungen wären höchstpreisige Miet- und Eigentumswohnungen, die restlichen Sozialwohnungen dürften nach und nach in Vergessenheit geraten und so verdrängt werden), das „Skolegaarden" in Altona-Altstadt (dort entstehen 125 Wohnungen, 70 davon sollen für 9 €/qm vermietet werden, der Rest wird zu Eigentumswohnungen, die nicht unter einem Preis von 480.00€ verkaufen werden sollen), oder das „Frieda-Schanze" am Rande des Schanzenviertels (dort entstanden zum Juli 2011, 31 Eigentumswohnungem von 58-139qm, die günstigste Wohnung dort kostete 198.000 €).

Dazu kommen Projekte, wie ein überflüssiges Opernhaus, die IGS und die IBA, wo Milliardengelder verschlungen und den Menschen in diesen Stadtteilen, der Raum zum Leben genommen wird.
Im Gegensatz dazu stehen zeitgleich 1,4Mio qm Bürofläche leer, genau wie ettliche Wohnhäuser.
Ebenso werden Häuser, mit Mietwohnungen systematisch, von den Immobilienfirmen, in den Verfall getrieben, die dort lebenden Menschen werden mit minimalen, notdürftigen Arbeiten vertröstet, bis sie durch diese Zustände gezwungen sind zu gehen, oder das Haus entweder neu saniert oder abgerissen wird.
Schon 2010 gingen 5000 Menschen auf die Straße und forderten „Leerstand zu Wohnraum", um auf die immer schlimmer werdenden Zustände aufmerksam zu machen, doch Fachbehörden, Rathaus und Investoren bauten munter weiter.
Um diesem Problem erneut zu begegnen, muss zum einen die extreme Knappheit des Wohnraumes durch die Entkriminalisierung der Besetzungen von Leerstand bekämpft, zum anderen die Profitorientierung des Wohnungsmarktes sofort und nachhaltig unterbrochen werden!

Das Karoviertel und die Marktstraße

Das früher so alternative, bunte und offene Karoviertel, wird, wie jeder andere Stadtteil Hamburgs, chiquer gemacht. Das schon seit mindestens 2006 leerstehende Haus in der Marktstraße wurde zuletzt an 2 Parteien und einen Künstlerbund vermietet, die zwar die Miete verweigerten, aber aufgrund des fortschreitenden Verfalls, das Haus ebenfalls verlassen mussten. 2009, noch vor dem Verkauf an die Steg (früherer Besitzer die Sprinkenhof AG) kam es bereits zu einer Besetzung des Hauses, um auf den schon damals langanhaltenden Leerstand aufmerksam zu machen. Leider dauert dieser Leerstand nun schon weitere 4 Jahre an. In diesem Jahr soll das 1893 erbaute und unter Denkmalschutz stehende Haus für 2,57 Mio Euro saniert werden. Jede/r kann sich vorstellen, dass bei Sanierungskosten in dieser Höhe erneut das zahlungsfähige Klientel angezogen werden soll.
Wir wollen mit dieser Besetzung nicht nur auf die miserablen Zustände aufmerksam machen, sondern auch für ein freies, selbstbestimmtes Miteinander kämpfen. Wir fordern weiterhin, Wohnraum für Jede/n unabhängig von Nationalität, Alter, Geschlecht und sozialem Stand.
Gleichzeitig zeigen wir uns solidarisch mit vergangenen Besetzungen, wie die in der Weidenallee, der Bleicherstraße, der Juliusstraße, Horn und zukünftigen Besetzungen.

Wir lassen uns nicht weiter klein halten! Entkriminalisierung von Hausbesetzungen!

Hausbesetzung: Hunderte feiern im alten Spiegel-Haus

Etwa 400 Leute haben in Hamburg in der Nacht auf den 8. Juni eine Party im alten Spiegel-Haus an der Willy-Brandt-Allee gefeiert. Kurz nach Beginn der Aktion rückte die Polizei an und umstellte das seit Ende 2011 leerstehende Gebäude. Nach Verhandlungen mit der Polizei konnten alle Party-Gäste das Gelände ohne Personalienfeststellung verlassen.
Kurz vor Mitternacht begann die Aktion: Aus mehreren Richtungen strömte die Menge zum alten Spiegel-Haus an der Elbe. Die beiden größten "Finger" bildeten zwei spontane Raves, mit etwa hundert Teilnehmern. Begleitet von nur einem Polizeiwagen vereinten sich die Gruppen unter großem Jubel am Spiegel-Haus.
Die Tür des Gebäudes stand offen. Immer mehr Menschen unternahmen eine Begehung der Gebäudes. Währenddessen hatte sich die Party ins Gebäude verlagert. Drinnen wurde zur lauten Musik getanzt. Der Strom kam offensichtlich aus der Steckdose, die Stromversorgung wurde offensichtlich nie gekappt, im Foyerbereich war sogar Licht.
Zwei Stunden feierten die Partygäste in der alten Spiegel-Kantine. Im Dunkel des Raumes waren nur die Knicklichter an den Armen der Feiernden zu sehen. Unterdessen verhandelten Anwälte mit der Polizei, die inzwischen das Gebäude umstellt hatte. Das Ergebnis: Um 1.45 Uhr wurde die Aktion beendet. Hunderte strömten aus dem Spiegel-Haus auf die Straße - allerdings ohne Feststellung der Personalien.
Unser Fazit: Eine tolle Party-"Besetzung". Etwa 400 Leute versammelten sich spontan zu einer Party in einem leerstehenden Gebäude und überraschten die Polizei. Ätsch!

Stellungnahme vom EA Frankfurt zur Demonstration vom 01.06.13

Warum das denn? Keine Bilanz

Üblicherweise veröffentlicht der EA Frankfurt nach größeren Demonstrationen eine Bilanz, bei der dargestellt werden soll, was an Fakten während einer Demonstration an uns herangetragen wird.
Dieses mal haben dies jedoch andere schon getan. Daß es eine Vielzahl von Schwerverletzten gab, und Sanitäter*innen der Zugang zu ihnen verweigert wurde, daß Rechtsanwält*innen eingekesselt wurden, daß Journalist*innen ihre Arbeit mit Verletzungen bezahlt haben, daß wahllos Pfefferspray eingesetzt wurde, daß die Polizei zu keiner Zeit beabsichtigte, die Demonstration an der EZB vorbei gehen zu lassen, daß es sich um ein planmäßiges Vorgehen gehandelt hat usw. ist alles der Tagespresse zu entnehmen.

Einige Beispiele:
"Zunächst wurden die parlamentarischen Beobachter um die Linken Hermann Schaus und Katja Kipping, die vor dem Start der Demo eine Rede hielt, abgeführt, danach wurde es rabiat: Die Polizei prügelte sich durch den Block der Antikapitalisten, mehrere Demonstranten bluteten, es gab etliche Schwerverletzte sowie laut Sanitätern hunderte Verletzte durch Pfefferspray. Ein Demonstrant lag regungslos am Boden, zwei Polizisten schleiften ihn mehrere Meter hinter sich her, bis Pressevertreter Sanitäter riefen. Der Kommentar eines Polizisten: „Der tut doch nur so." " (taz).
„Und egal, wen man fragt, man trifft überall auf dieselben zwei Gefühle: Unverständnis und eine kalte, ohnmächtige Wut." (FR)
"Tatsächlich befinden sich Anhänger radikaler Gruppen innerhalb des Blocks. Von Gewalttätigkeiten aber war ihr bisheriges Verhalten bei der Demonstration bis zu diesem Zeitpunkt weit entfernt ... Wahllos greifen Beamte nach Teilnehmern, im Sekundentakt führen sie sie hinaus. Wer sich nicht fügt, wird härter angepackt. Demonstranten werden zu Boden geworfen. Einer bleibt liegen, wird von Sanitätern versorgt. Ein anderer wird an dem Verletzten vorbei geschleift. Er schreit, als ihn die Beamten fester anfassen. Sein Arm sieht aus, als sei er gebrochen." (FAZ).
"Mehreren Journalisten wurde von der Polizei aus nächster Nähe Pfefferspray in die Augen gesprüht, einer von ihnen musste in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Es dauert knapp eine Stunde, bis ein Krankenwagen eintraf." (taz).
"Der Aufzug endete kurze Zeit später im Desaster, einem politischen Skandal.....In der Neuen Mainzer Straße reißt Polizei ohne erkennbaren Grund zwei Männer zu Boden und verhaftet sie......Es spielen sich erstaunliche Szenen ab. Ein Journalist beschwert sich, weil die Polizei ihn zur Seite drängt. Eine Polizistin herrscht ihn an. "Einfach mal die Klappe halten!" " (FR).
Es gibt eine Vielzahl weiterer Beispiele, ergänzend verweisen wir auf unsere Veröffentlichungen während der Protesttage.

Es gab an diesem Tag so viele erschütternde Situationen, daß deren Auflistung den Rahmen sprengen würde. Offenbar sah die Einsatzleitung dieses Tages keine Notwendigkeit, ihr Treiben in irgendeiner Weise zu verschleiern. In einigen Presseartikeln wird darüber spekuliert, daß es sich um eine vorbereitete, gar geplante Aktion der Polizei gehandelt haben könnte. Dafür sprechen die räumlichen Verhältnisse des Tatortes, der sich wie kaum eine andere Stelle der Route für den polizeilichen Angriff angeboten hat. Belegt wird diese Annahme durch den Umstand, daß die Demonstrationsroute ab der EZB in keiner Weise gesichert war, so daß dort überhaupt keine Demonstration hätte stattfinden können. Auch hier hat die Einsatzleitung ihr Konzept völlig offen durchgezogen.
Viele fragen sich natürlich jetzt, warum die Polizei ein Konzept verfolgt, bei dem so völlig offen gegen Grundrechte verstoßen wird. Warum die Polizei sich noch nicht einmal ein bißchen Mühe gibt, ihr Treiben zu rechtfertigen. Und warum unter den Augen von Presse und Parlamentarier*innen mit dieser Brutalität vorgegangen worden ist. Wo liegt das polizeiliche Interesse? Was könnte dies für zukünftige Demonstrationen bedeuten?

Aus unserer Sicht drängen sich hier zwei Ansätze auf, die sich nicht ausschließen.
- Die politisch Verantwortlichen und die dahinter stehende Lobby haben vorgegeben, daß es Bilder von Protest an der EZB nicht geben soll und daß man bereit ist, hierfür einen hohen Preis zu bezahlen. Nachdem aus dem letzten Jahr die Erfahrung mitgenommen wurde, daß sich Protest eben nicht verbieten läßt, mußten die politische Verantwortlichen in diesem Jahr andere Maßnahmen zur Unterbindung des Protestes ergreifen. Hierfür spricht, daß die Polizei angeblich einem Teil der Demonstration eine Alternativroute angeboten hatte.
- Die Vehemenz und die Unnachgiebigkeit mit der das Einsatzkonzept durchgezogen wurde, sowie das völlige Fehlen einer Rechtfertigung läßt aber auch auf ein originär polizeiliches Interesse an der Art und Weise des Einsatzes schließen. Sogar als die Demoleitung erklärt hatte, auf die Forderung nach Begrenzung der Seitenschutzes für den Block einzugehen und sämtliche beanstandeten Gegenstände zurückzulassen, bestand die Polizei darauf, sämtliche Daten der eingekesselten Personen zu erfassen. Es scheint also ein polizeiliches Interesse an der Erfassung von Personen zu geben, das schon am 01. Mai diesen Jahres offenkundig geworden ist. Daß die Verfolgung dieses Interesses keine gute Presse gibt, erscheint nachrangig.
Wenn beide Annahmen zusammen gedacht werden, wird der Einsatz logisch.
Die verantwortliche Stelle, die diese beiden Interessen zusammengeführt hat, ist das hessische Innenministerium. Dieses hatte schon die zu Beginn der Protesttage die Einrichtung rechtswidriger und schikanöser Buskontrollen angeordnet (siehe PM des EA Frankfurt vom 30.05.13). Die Kontrollstellen führten dazu, daß Versammlungsteilnehmer*innen letztlich nicht an den Demonstrationen teilnehmen konnten. Diese Anordnung erging in Kenntnis des polizeilichen Einsatzkonzeptes.

Wie aber konnte es geschehen, daß ein solcher Einsatz unter den laufenden Kameras unzähliger Journalisten nicht gestoppt werden konnte? Wie konnte es geschehen, daß Rechtsbruch so massenhaft und brutal vor sich gehen konnte?
Das erste Mittel ist regelmäßig die Lüge der Verantwortlichen.
Gegenüber einem Rechtsanwalt des EA Frankfurt erklärte die Polizei, es gebe überhaupt keinen Kessel.
Gegenüber den Demonstrant*innen im Kessel wurde über Lautsprecher zugesagt – ähnlich wie jetzt im Nachhinein gegenüber der Presse verlautbart – wer sich freiwillig aus dem "Kessel" begebe, könne diesen verlassen und bekomme kein Strafverfahren. Eine im Zuge ihrer Berufsausübung eingekesselte Rechtsanwältin des EA Frankfurt überprüfte diese Zusage. Ihr wurde barsch erklärt, Durchsagen könne es viele geben, sie komme hier nicht heraus.
Der zweite Faktor ist die fehlende Kontrolle.
Zuständig hierfür wäre das Amtsgericht Frankfurt gewesen. Die Richterin, die im

Rahmen ihres Bereitschaftsdienstes über die Rechtmäßigkeit polizeilicher Freiheitsentziehungen zu entscheiden gehabt hätte, verweigerte die Arbeit. Über den EA Frankfurt wurden der Richterin Anträge auf Beendigung der Freiheitsentziehung der drei eingekesselten Rechtsanwält*innen des EA Frankfurt vorgelegt. Die Richterin erklärte lange nach Einrichtung des Kessels, wenn die Polizei Freiheitsentziehungen plane, dann würde sie bei ihr die entsprechenden Anträge stellen. Solange dies nicht geschehen sei, sehe sie keine Veranlassung, tätig zu werden. Derzeit bestehe lediglich eine „Verhandlungssituation", für die sie nicht zuständig sei. Auf ausdrückliche Nachfrage, ob dies bedeute, daß sie die gestellten Anträge der eingekesselten Rechtsanwält*iknen, die ihr vorlagen, liegen lassen und nicht bearbeiten werde, erklärte sie lapidar: "Ja." Auf die Frage, woher sie ihre Informationen beziehe, erklärte sie, dies werde sie nicht mitteilen. Offensichtlich hatte sie ihre „Informationen" von der Polizei.
Wenn also die Verantwortlichen lügen und die sog. Kontrollinstanz „nicht zuständig" ist, dann agiert die Polizei im rechtsfreien Raum. Es kann gemutmaßt werden, daß die Polizei – und das hinter ihr stehende Innenministerium – von Anfang an sicher gewesen sind, in einem solchen rechtsfreien Raum agieren zu können. Auf die vielzitierte „vierte Gewalt" kommt es in dieser Konstellation offensichtlich nicht mehr an, die kann dann auch verprügelt werden.

And now?

Für zukünftige Demonstrationen bedeutet dies zunächst, daß Demonstrationsteilnehmer*innen sich offensichtlich nicht darauf verlassen können, daß ihnen der sog. Rechtsstaat zu ihrem Recht verhilft. Dabei ist daran zu erinnern, daß die Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit, auf Freiheit der Bewegung oder das Grundrecht der Versammlungsfreiheit, keine Selbstverständlichkeiten sind, sondern erkämpft werden mußten und – jetzt erst recht – immer wieder neu erkämpft werden müssen. Grundrechte sind historisch Abwehrrechte gegen die Gewalt des Staates. Dies sollten wir im Blick haben.
Es kann keine Alternative sein, beim Einfordern dieser Grundrechte zurückzuweichen, es gibt nur die Möglichkeit, sie immer wieder einzufordern und auszuüben, weil es eben Grundrechte sind.
Die Beschreibung der Situation der Demonstration vom 01. Juni 2013 soll nicht dazu führen, Versammlungsteilnehmer*innen zu entmutigen. Dennoch müssen wir uns darüber im Klaren sein, daß es nur wir selbst sein können, die die Grundrechte erkämpfen.
Anderenfalls liest sich das dann so:
Für die CDU-Landtagsfraktion sagte deren Parlamentarischer Geschäftsführer Holger Bellino: "In der Abwägung der Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit und Demonstrationsfreiheit wurde ein angemessener Ausgleich gefunden." (Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU im hessischen Landtag Holger Bellino).
Demonstrationsfreiheit verteidigen!

EA Frankfurt 03.06.2013

Blockupy 2013 in Frankfurt/Main

Die Pressekonferenz zum Blockupy-Einsatz wird dem hessischen Innenminister Boris Rhein und der Polizeispitze aus Präsident Achim Thiel und Einsatzleiter Harald Schneider hoffentlich lange in Erinnerung bleiben. Der Hessische Rundfunk twitterte live, wie sich nach einigen Minuten eine Flut von Vorwürfen durch Journalisten in Richtung Podium ergoss. Fotografen wurde mit dem Ellenbogen auf die Kehlköpfe geschlagen, Journalisten mit Pfefferspray abgesprüht, stundenlang festgehalten, beschimpft und bedroht. Auch wenn der Einsatz für deutsche Verhältnisse sicher zu den Ruppigeren gehörte, das eigentlich Besondere daran ist wohl eher, dass es dieses Mal in großem Maße auch Pressevertreter getroffen hat. Und die haben nun erlebt, wie sich das anfühlt, wenn der Ton rauher, der Protest gegen eine ungerechte Politik der Krisenverwaltung lauter wird. Für Menschen mit Protest- und Demonstrationserfahrung dürfte das Vorgehen der sogenannten Sicherheitskräfte trotz aller Härte keine große Überraschung gewesen sein, wie sich auch in unserem Erlebnisbericht weiter unten zeigen wird.

Der Laden wird am Laufen gehalten werden

Das Verhalten der Polizisten dabei mit wahltaktischem Kalkül der Hessen-CDU zu erklären, wie es einige der ersten Berichte taten, ist sicherlich nicht falsch, greift aber zu kurz. Natürlich ging es in Frankfurt auch darum klarzumachen, dass antikapitalistischer Protest - zumal am symbolträchtigen Ort EZB – nicht vorgesehen ist und nicht einfach hingenommen wird. Es ist keine große Überraschung, dass in krisenhaften Zeiten, in denen woanders bereits ganze Gesellschaftsschichten in Rekordtempo erodieren und Millionen Jugendliche zu Angehörigen einer „lost generation" gemacht werden, die Repression ausgeweitet wird. Der Staat verteidigt die Rahmenbedingungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Sei es mittels zunehmender Überwachung oder Polizeigewalt auf der Straße. Der Laden muss laufen. Proteste stören und behindern dabei nur, zum Beispiel, wenn an nur einem einzigen Wochenende der EZB-Betrieb nicht wie gewohnt ablaufen kann. Dass die Auswirkungen der Krise in Deutschland bisher praktisch nicht spürbar sind, mithin längst keine Massenproteste wie in Griechenland oder Spanien „drohen", ist für die Politik dabei noch lange kein Grund nicht auch hierzulande den Repressionsapparat auszubauen. Völlig untergegangen ist zum Beispiel die Nachricht, dass die Bundeswehr bis zum nächsten Jahr 30 „Sicherungs- und Unterstützungskompanien" aufstellen wird. Deren Einsatzzweck wird es unter anderem sein, zur „Abwehr einer drohenden Gefahr (...) der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" tätig zu werden, im Inland versteht sich. Zufall, im sechsten Jahr der Krise seit dem Platzen der Immobilienblase in den USA? Wohl nicht. Oder die Umwidmung des Gemeinsamen Abwehrzentrums Rechtsextremismus (GAR), eigentlich eine Konsequenz aus dem Auffliegen des NSU, welches 2012 kurzerhand in ein Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) umgewandelt wurde. Dort ist man nun auch für „Linksextremismus" zuständig. Es sind nur zwei exemplarische Beispiele, die Liste ließe sich jedoch beliebig fortsetzen: Bestandsdatenauskunft und Vorratsdatenspeicherung, Drohnen und Bodycams für die Polizei, die geforderte Einführung angeblich nicht-tödlicher Waffen wie z.B. Taser und auch das unermüdliche Getrommel der Polizeigewerkschaften für eine härtere Bestrafung bei Übergriffen auf Polizisten lässt sich hier einordnen. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Selbstverständlich ist die Angst vor Massenprotesten nicht der einzige Grund für die Einführung dieser Maßnahmen. Doch glaubt wirklich jemand, dass im Ernstfall nicht die geballte Macht der Möglichkeiten des Apparates zum Einsatz gebracht würde, um den Status Quo aufrecht zu erhalten?

Niemand kann ausschließen, dass die Krise nicht auch hierzulande noch richtig zuschlägt. Wenn sich dann auf der Straße der Protest formieren sollte, weiß man dank

umfangreicher Datensammelei im Vorfeld immerhin schon vorher wer mit einiger Wahrscheinlichkeit die ersten Unruhestifter sein werden. In diesem Licht sollte der Polizeieinsatz in Frankfurt betrachtet werden. Er war außerdem auch eine Botschaft an den bürgerlichen Protest, dass auch keine schwarze Jacke zu tragen nicht davor schützt, als „polizeiliches Gegenüber", als Feind betrachtet zu werden. Den Fehler jedoch, auch viele Pressevertreter in den Genuss dieser polizeilichen Maßnahmen kommen zu lassen, wird man in Frankfurt in Zukunft sicher nicht wiederholen.

Erlebnisbericht aus Frankfurt

Nur etwa 800 Meter konnte die Demonstration zurücklegen, bis mehrere Reihen Polizisten prügelnd in die Demo rannten und sie spalteten. Da war das Ende des Zuges noch nicht einmal vom Baseler Platz, dem Auftaktort, losgelaufen.

Dann folgte über Stunden Stillstand. Stillstehen erlaubt auch zu sehen und zu verstehen. Geht man von außen um die aufgehaltene und teilweise eingekesselte Demonstration herum, so durchlebt man sehr unterschiedliche Stimmungen, je nach dem wo man sich befindet. Bei den Tausenden von aufgehaltenen Demonstrant_innen in der Hofstraße entsteht eine Atmosphäre die für bestimmte Momente nahezu der auf einem Festival ähnelt. Aus verschiedensten Soundsystems wummern Bässe. Menschen tanzen unter den Bäumen am Platz vor dem Jüdischen Museum. Sie haben eine eigene Kette um die Kette der Polizei gebildet. Tosender Beifall und Jubel brandet über die Polizeireihen hinweg in den Kessel und wieder zurück.

Die Polizei wollte unbedingt eine Demonstrationsroute mitten durch das Bankenzentrum verhindern. Gerichte hatten diese Anstrengungen im Vorfeld mit einer klaren Entscheidung unterbunden. Jetzt hat die Polizei, so scheint es, einen Karneval des Widerstandes mitten im Herzen Frankfurts geschaffen. Doch dieses Bild wird jäh aus dem Kopf gerissen, wenn neue Menschen aus der Menge gebracht werden, vom Pfefferspray erblindete, hilflose AktivistInnen werden zu den Demosanis geführt. An einer ruhigen Ecke an der Seite des jüdischen Museums liegen Menschen auf dem Kopfsteinpflaster. Ersthelfer versorgen die Verletzten, einige von ihnen bewegen sich nicht mehr. Immer wieder werden auch Menschen von bewaffneten Beamten mit verrenkten Armen an die Seite gerissen und festgenommen.

In Luftlinie etwa hundert Meter entfernt weiter sitzen auf den Treppenabsätzen der Mainbrücke am Nizzapark einige Demonstrantinnen und Demonstranten aus Frankfurt. In breitestem Dialekt unterhalten sie sich über diesen Polizeieinsatz. Man kenne diese Beamten und ihre Methoden nur zu gut heißt es, sie hätten solche Szenen schon oft genug selbst erleben müssen. In der Neuen Mainzer Straße werden unterdessen die Einsatzkräfte vom Kessel Hofstraße ausgetauscht. Mit gelösten Gesichtern ziehen sich die gepanzerten PolizistInnen ihre Ski-Masken vom Kopf. Es wird gelacht, gescherzt und Essen gefasst. Vereinzelt werden Beamte von Sanitätern versorgt. Jeder gestauchte Finger und jeder beim Prügeln angebrochene Handwurzelknochen wird penibel notiert und auf das Konto sogenannter „linksextremistischer Gewalttäter und Störer" verbucht. An der Absperrung in der Neuen Mainzer Straße beobachten Bürgerinnen und Bürger Frankfurts dieses Geschehen. Viele sind entsetzt über das was sie im Fernsehen gesehen haben und kommen nun her, um mit eigenen Augen zu sehen, was vor sich geht. Über einen Umweg gelangen immer wieder Aktivist_Innen zur abgetrennten Demospitze die vis a vis des Willy-Brandt-Platzes in der Neuen Mainzer Straße stehen. Auf dem Weg geht es vorbei an hunderten von gepanzerten Einsatzkräften die gelangweilt in Blumenbeeten und Hauseingängen herumlungern. Sie warten ab, ihre Zeit zum Zuschlagen kommt später.

Nachdem die No Troika Singers bei der ehemaligen Demospitze eine Zeit lang mit bitterem Sarkasmus Lieder über die autoritäre Krisenlösungen in Europa gesungen hatten, wird jetzt eine Assamblea abgehalten. Die Menschen beraten in einer öffentlich geführten Diskussionen unter freiem Himmel über das Geschehen. Jede Stimme zählt in diesem Kreise soviel wie jede andere. Es ist eines der vielen kleinen und größeren Experimente auf der Suche nach einer anderen, nach einer echteren Demokratie, das interessierte Bürger_innen und Aktivist_innen hier erleben können. Auch im eingekesselten antikapitalistischen Block finden Beratungen statt, wie das Verhalten der Polizei zu werten ist und wie mit den Forderungen der Polizei umgegangen werden soll. Angesichts der Bedrohung durch das massive Aufgebot schwer gepanzerter und bewaffneter Polizisten, die regelmäßig immer wieder in Prügelattacken eskaliert, gilt es hier über Stunden gemeinsam Widerstand zu leisten. Weil die Polizei zwar erstaunlich schnell für sich selbst mobile Toiletten am Kessel hat, aber den Gefangenen keine Möglichkeit bietet ihre Notdurft zu verrichten, müssen die Aktivist_innen selbst Abhilfe schaffen. Eine behelfsmäßig mit Transparenten abgesperrte Ecke bietet unter diesen Umständen der akuten Bedrohung zumindest ein Minimum an Erleichterung. Während die Polizei verbreitet mit dem Kessel gewaltbereite Störer zu separieren, tragen die Aktivist_innen füreinander Sorge, üben sich in praktischer Solidarität und versuchen gemeinsam so gut es geht der Bedrohung standzuhalten.

Das Gesamtbild der zahlreichen verschiedenen Perspektiven an diesem Tag zeigt eine durchgehende Verbindung, den extrem scharfen Kontrast, den Unterschied von Rechtsstaat im Ausnahmezustand und gelebter Demokratie. Dies leuchtet allen Menschen ein, die sich mit eigenen Augen ein Bild machen. Es spricht aus den Demonstrant_innen die sagen „des kenne mer doch alles, des kenne mer doch scho"; es spricht aus den Frankfurter Bürger_innen, die fassungslos an den Absperrungen stehen und auf Polizisten einreden.

Gerade der fokussierte Blick auf die Einsatzkräfte ist aufschlussreich: Auf den Straßen von Frankfurt herrscht eine gewalttätige Polizei, die von keinem Gesetz oder Gericht aufgehalten werden kann, weil sie einen Ausnahmezustand herbeigeführt hat, um die Ereignisse zu lenken, um den Demonstrierenden ihre Strategie für diesen Tag aufzuzwingen.

Der Vorschlag der Einsatzleitung ist bezeichnend. Etwa 1000 Menschen sollen ohne Unterstützung zurückgelassen werden, wohlwissend dass ihnen unmittelbare Polizeigewalt und mittelbar juristische Kriminalisierung drohen. Diese Einsatzpolitik zeigt auch das Menschenbild auf, gegen welches sich die Blockupy-Proteste richten. Es geht gegen ein Bild vom Menschen, der sich nur um die eigenen Angelegenheiten schert und nur auf das eigen Fortkommen fixiert ist, koste es was es wolle. Und vor allem geht es gegen ein Bild des Menschen, der zu gehorchen hat, wenn ihm der Knüppel angedroht wird. Die angemeldete und durch Gerichtsverfahren rechtsstaatlich zu- und abgesicherte Demonstration wurde von den Ordnungshütern der freiheitlich demokratischen Grundordnung mit einem gewaltsamen Überfall verhindert. Doch schon in der unmittelbaren Reaktion auf diese Angriffe zeigt sich erlebbar worum es vielen Menschen geht, die in Frankfurt gegen den krisenhaften Kapitalismus und dessen autoritäres Krisenlösungsregime demonstrieren wollten: Eine andere Politik, ein andere Gesellschaft.

Kombinat Fortschritt

Zur aktuellen Situation und dem Weg der Kriegsflüchtlinge

Demonstration am 08. Juni

Ungefähr 1500 Menschen demonstrierten am Sonnabend in Hamburg für die Rechte der libyschen Kriegsflüchtlinge. „Unsere Situation ist eine besondere. Wir haben in Libyen Menschenrechtsverletzungen und Massaker gesehen und waren auch Opfer davon. In italienischen Camps und Einrichtungen wurden wir menschenunwürdig behandelt, erniedrigt und erneut traumatisiert," erklärte Asuquo Udo, einer der Sprecher der 300 Flüchtlinge, die seit Mitte April auf Hamburgs Straßen leben. „Ca. 60000 Menschen aus Libyen sind vor dem Krieg nach Europa geflohen. Seitdem leben wir über ganz Europa verteilt. Ca. 6000 von uns leben in Deutschland." SprecherInnen mehrerer Migrantischer Communities erklärten ihre Solidarität und kritisierten die jahrhundertelang in Afrika, Südamerika und dem Mittleren Osten praktizierte Kolonialpolitik sowie deren Auswirkungen.

Die Situation vor dem Krieg in Libyen

Die Kriegsflüchtlinge waren zuvor überwiegend aus Westafrika als politische Flüchtlinge oder aufgrund den destabilen Situationen in ihrer jeweiligen Heimat nach Libyen geflohen und nach Ausbruch des Krieges aufgrund von Massakern gegen Schwarzafrikaner gezwungen das Land zu verlassen. In Libyen hatten sie feste Arbeit und eine soziale Absicherung. Viele versorgten Familien und/oder Gemeinden in ihren ursprünglichen Heimatländern. Gesundheitsversorgung und soziale Sicherung waren eine Selbstverständlichkeit. Einige der 300 seit April 2013 in Hamburg auf der Straße lebenden Flüchtlinge, hatten in Libyen Betriebe mit mehreren Angestellten aufgebaut. „Wir konnten nach Ausbruch des Krieges in Libyen unsere Wohnungen nicht verlassen, weil wir sonst verschleppt oder ermordet worden wären," erzählen Flüchtlinge. „Sie brachten uns in die Wüste und feuerten Schüsse neben uns ab. Dann wurden wir zusammengeschlagen und ausgesetzt." Die einzige Möglichkeit zu Überleben war die Flucht über das Mittelmeer. Zum Teil wurden die Flüchtlinge auch mit Gewalt genötigt in völlig überfüllte Boote zu steigen. Mehrere Tausend Menschen ertranken im Mittelmeer oder wurden auf den Booten erdrückt.

Die Situation in Italien

Ein Camp auf der italienischen Insel Lampedusa, das als Erstaufnahme diente, war kontinuierlich mehrfach überbelegt. Mangelnde Versorgung mit Lebensmitteln, unzureichende oder vollkommen verweigerte medizinische Hilfe, katastrophale hygienische Bedingungen und ignorantes Vorgehen der italienischen Behörden bestimmten den Alltag, wie auch das Leben in den über ganz Italien verteilten weiteren Flüchtlingseinrichtungen. Nach Auslaufen eines entsprechenden EU-Hilfsfonds Ende 2012, verdeutlichten die italienischen Behörden, dass die Flüchtlinge in Italien keine Perspektive hätten und nötigten sie unter Androhung von Gewalt oder auch Haft das Land in Richtung zu verlassen.
Seit 2010 entschieden 200 bundesdeutsche Verwaltungsgerichte, dass eine Rückführung von Flüchtlingen nach Italien rechtswidrig ist. „Die Lebensbedingungen für Schutzbedürftige lassen befürchten, dass die Menschen dort eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung erfahren", heißt es in Urteilen.
Der Hamburger Senat verweigert den 300 Flüchtlingen immer noch jede ernstgemeinte Unterstützung. Bürgermeister Olaf Scholz behauptet, dass rechtlich keine andere Möglichkeit als die Abschiebung bestünde. Ein Redner des Solidaritätskomitees für die Flüchtlinge stellte auf der Demonstration klar: „Es gibt auf regionaler-, bundes- und europäischer Ebene rechtliche Wege, den Kriegsflüchtlingen einen dauerhaften Aufenthalt und eine Arbeitserlaubnis zu erteilen. Jeder Mensch hat die gleichen grundlegenden Bedürfnisse nach Geborgenheit, sozialem Leben, Bildung, Arbeit, einem Dach über dem Kopf, medizinischer Versorgung und respektvollem Miteinander. Wer Menschen diese Bedürfnisse verweigert, wird nicht mit gutem Gewissen schlafen können." „Wenn sie mich nach Italien zurückschicken, werde ich versuchen mich umzubringen. Ich kann nachdem was passiert ist, nicht dahin zurück," sagt einer der Flüchtlinge im Gespräch.

Cornelia Kehrt, Sprecherin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN/BDA kritisierte auf der Demonstration, dass „Politische Vereinbarungen wie die von Schengen und Dublin und ihre Institutionalisierung in der Grenzsicherungsagentur „Frontex" dafür sorgen sollen, dass alle, die nicht im Mittelmeer ertrinken, in Griechenland oder Italien unter erbärmlichen Umständen umherirren und auf keinen Fall dort ankommen, wo sich der europäische Reichtum konzentriert." „Alles, was wir in Libyen für uns aufbauen konnten, haben wir verloren. Im Namen von Demokratie und Menschenrechten haben die NATO-Staaten Libyen in Brand gesetzt. Die Folgen des Krieges wirken weit über die Grenzen Libyens hinaus. Wir, Flüchtlinge aus Libyen in Europa, sind die Zeugen dieses Verbrechens," hieß es im Aufruf zur Demonstration.

Unterkunft in der Kirche

Die St. Pauli Kirche bot den Flüchtlingen auf Nachfrage am 2. Juni den Innenraum der Kirche zum Übernachten an. Ungefähr 80 Menschen leben mittlerweile dort. Im Garten der Kirche wurden Pavaillons, Zelte und Duschen aufgestellt. „Es handelt sich um humanitäre Hilfe", erklärt Pastor Sieghard Wilm dazu, „die Flüchtlinge sind Gejagte. Sie sollen hier zur Ruhe kommen können." Im Gespräch erklärt Pastor Wilm, dass die Kirche auch historisch gesehen ein Ort der Zuflucht und humanitärer Hilfe für Schutzbedürftige sowie des Schutzes vor Unrecht ist.
Jeden Tag besuchen viele Menschen die Flüchtlinge im Kirchgarten, verbringen Zeit und suchen das Gespräch, bieten Hilfe an und spenden Kleidung, Lebensmittel und Hygieneartikel. Eine Schulklasse aus der nahe gelegenen Schule kommt ebenfalls regelmäßig zu Besuch. Der FC St. Pauli brachte Trikots, Trainings- und Winterjacken und stellt unbefristet Trinkwasser des Projektes „Viva Qon Aqua" zur Verfügung. Am Sonntag fand in der Kirche ein gut besuchtes Benefizkonzert statt. Bereits am Sonnabend veranstaltete das Stadtteilzentrum GWA St. Pauli nach einem gut besuchten Solidaritätsfest im Karoviertel ein spontanes Open Air.

Seit mehreren Wochen hat ein breit aufgestelltes Bündnis, das von antirassistischen, linken, kirchlichen und weiteren Gruppen sowie engagierten Einzelpersonen getragen wird, die Kriegsflüchtlinge beim Überleben unterstützt und humanitäre Hilfe geleistet. Diese Hilfe wird auch weiterhin fortgesetzt. Politischer Anlaufpunkt ist weiterhin die Dauermahnwache am Hauptbahnhof/Steindamm. Das Unterschreiben der Petition, sich Informieren und solidarische Gespräche zu führen findet also weiterhin dort statt.

Widerstand fällt nicht vom Himmel – Widerstand ist Leben!

Solidarität mit dem Kampf für Freiheit in der Türkei/Kurdistan!

+++Am Abend des 15.Juni hat die Polizei das Widerstandscamp im Gezi-Park angegriffen und geräumt+++In Hamburg kam es am Abend des 15. & 16. Juni zu spontanen Demonstrationen mit jeweils hunderten Menschen+++



Seit dem 31.Mai flammt in der Türkei ein Aufstand gegen die Politik der regierenden AKP auf. Massendemonstrationen, Platzbesetzungen und militante Auseinandersetzungen mit der Polizei sind seitdem in dutzende Städten, insbesondere in Istanbul, an der Tagesordnung. Tausende Verletzte und mehrere Tote sind seit dem Beginn der Proteste das Ergebnis brutaler Polizeieinsätze mit Wasserwerfern, Tränengasgeschossen und Gummischrott gegen die Demonstrierenden – kein neues Bild aus der Türkei/Nordkurdistan.

Ein kleiner Park als Funke

Der Auslöser für den massenhaften Widerstand auf den Straßen ist ein kleiner Park im Herzen Istanbuls direkt neben dem bekannten Taksim-Platz. Dieser sollte nach Plänen der Regierung einem Einkaufszentrum weichen, deren Fassade einer alten Militär-Kaserne gleichen sollte. Aktivist_innen besetzten am 27.Mai mit Zelten den Park, um dessen Zerstörung zu verhindern. Die daraufhin folgenden brutalen Polizeieinsätze gegen die Besetzung sorgten für eine steigende Zahl von Protestierenden, der Funke sprang auch auf andere türkische/kurdische Städte über. Die über Jahre angestaute Wut über die reaktionäre und autoritäre Politik Erdogans und seiner AKP fand endlich ein Ventil.

Der Widerstand, der seitdem auf die Straßen getragen wird, richtet sich nicht nur gegen das Bauvorhaben im Gezi-Park und die Polizeigewalt, sondern hat einen umfassenden politischen Hintergrund:

Die AKP Regierung schränkt seit Jahren die politischen wie auch persönlichen Freiheiten immer weiter ein. Das Recht der Arbeiter_innen auf gewerkschaftliche Organisierung wurde eingeschränkt. Religiöse und ethnische Minderheiten werden weiter unterdrückt und die Meinungsfreiheit bröckelt immer mehr – kritische Journalist_innen, kurdische & linke türkische Aktivist_innen sowie Anwält_innen sind seit Jahren massiver Repression ausgesetzt und müssen ständig davor Angst haben verhaftet zu werden. Allein im Jahr 2011 kam es zu 11.000 politisch motivierte Verhaftungen, große Teile der Opposition, insbesondere kurdische, werden unter Terrorverdacht gestellt, so auch mit Hilfe des §129b in Deutschland.

Frauen wird ihr Recht auf Selbstbestimmung abgesprochen, Ministerpräsident Erdogan hat verlauten lassen, dass er von jeder Frau mehr als drei Kinder erwartet. Zusätzlich sollen Abtreibungen und Kaiserschnitte erschwert werden.

Taksim ist überall – Amed auch.

Die aktuellen Demonstrationen auf den türkischen/kurdischen Straßen und allen voran die Kämpfe um den Taksim-Platz haben eine enorme mediale Beachtung und die Welle der Solidarität ist riesig. Doch massenhafter Widerstand gegen die Politik der türkischen Regierung ist im türkischen Staatsgebiet Alltag. Insbesondere in den kurdischen Gebieten kommt es in den vergangenen Jahren regelmäßig zu Bildern wie wir sie sie aktuell vom Taksim-Platz kennen. Besonders der Frühling 2012 wurde von riesigen Demonstrationen und militanten Auseinandersetzungen begleitet, im kurdischen Amed feierten über eine Million Menschen das kurdische Newroz-Fest, welches zuvor von der türkischen Regierung verboten wurde.

Und auch das brutale und martialische Auftreten der türkischen Sicherheitskräfte ist nichts neues oder ungewöhnliches und wurde von großen Teilen der türkischen Gesellschaft sowie von den westlichen Medien sonst weitestgehend ignoriert beziehungsweise hingenommen.

Lasst uns die Kämpfe unterstützen – einen solidarischen politischen Austausch pflegen! Wie sich zeigt kann ein kleiner Funke der Auslöser für einen breiten Aufstand sein. Zehntausende sind auf den Straßen: die verschiedenen Organisationen und Parteien der türkischen und kurdischen Linken, Gewerkschaftsverbände, Student_innen, Anarchistische Gruppen aber auch nationalistische / kemalistische Parteien prägen die Bilder vom Taksim-Platz. In der Türkei besteht eine komplexe politische Kultur, nicht alle politischen Kräfte die sich nun gegen die Politik von Erdogan stellen sind emanzipatorisch oder stehen für eine solidarische Gesellschaft und einen Demokratisierungsprozess ein. So gab es bereits in der Zeit vor der AKP und in der Geschichte der Türkei Menschenrechtsverletzungen , unaufgeklärte Tötungen, Dorfzerstörungen, Massenmorde und Massaker.

Wir unterstützen unsere kurdischen und türkischen Freund_innen bei ihrem Kampf gegen Unterdrückung, Ausbeutung und für Freiheit! Dies ist heute genauso wichtig, wie es vor 20 Jahren schon war und wie es auch in Zukunft sein wird! Lasst uns auch in Deutschland gemeinsam mit ihnen auf die Straße strömen und einen solidarischen politischen Austausch pflegen! Denn nur dieser Austausch und die Vernetzung im politischen Alltag und auf lokaler Ebene ermöglichen die Entwicklung einer gemeinsamen Praxis und einer internationalistischen Per spektive im Kampf für ein besseres Leben für Alle.

ATESH

Park Fiction wird Gezi Park Hamburg

Gestern Nacht wurde der Gezi Park in Istanbul geräumt. Gewaltexzesse gegen alle; in den Strassen, in Hotels, in improvisierten Krankenhäusern: Grauenhafte Bilder des brutalen Polizeieinsatzes gingen gestern Nacht um die Welt. Eines davon ist besonders symbolisch: Polizisten setzen den Baum der Wünsche im Gezi Park in Flammen. Kommt zahlreich zur Umbenennung des Parks, heute, Sonntag, 16. Juni, 18:00 Solidaritäts Fototermin, Kundgebung, öffentliches Anstossen

Symbolisch, denn genau darum geht es Erdogan: Er will den Menschen das Wünschen austreiben. Der Bevölkerung wird das Recht abgesprochen, selbst über die eigene Stadt, die eigene Lebensweise zu bestimmen.
Doch die Menschen in der Türkei nehmen das nicht mehr hin: Sie haben in den letzen 2 Wochen die drückende Ohnmacht abgeschüttelt, protestieren massenhaft auf den Strassen der Städte. Mit ihren einfallsreichen, liebenswerten und mutigen Aktionen haben die Leute in Istanbul und andernorts die Umrisse einer möglichen, anderen, freien, toleranten, gerechten Stadt und Gesellschaft gezeichnet. Ihr Ideenreichtum und Witz hat sich ganz direkt in die ganze Welt kommuniziert.

Nun rollen in den türkischen Städten Militärlaster auf, und der für EU-Fragen zuständige Minister und Erdogan selbst, drohen, alle, die den Taksim Platz betreten, "wie Terroristen" zu behandeln.

Viele türkische Nachbarinnen und Nachbarn waren in den letzten Tagen für ihre Freunde und Freundinnen, Genossinnen und Genossen und Verwandten auch auf Hamburgs Strassen unterwegs. Unterstützen wir sie.

Wir haben in den Neunzigern den Park zusammen mit türkischen Nachbarinnen durchgesetzt und entwickelt. Das Gummi-Tulpenfeld hat eine türkische Nachbarin entworfen. Wir wissen aus unseren kleinen Beispielen in Hamburg, wie wichtig es ist um öffentliche Räume zu kämpfen, die symbolisch für emanzipatorische Bewegungen stehen. Und wie wichtig diese Orte sind, wenn die Wünsche sich versammeln um auf die Strasse zu gehen – um die Welt zu verändern.

Taksim / Gezi ist genau das – in ganz groß. Kommt pünktlich, wir fangen an mit einem Fototermin der Umbenennungszermonie auf der Palmeninsel. Schicken wir ein wuchtiges Unterstützungsfoto in die Welt. Dann besprechen wir vor Ort zusammen, was weiter geschieht.
Schafft zwei, drei, viele Gezi Parks. Lasst tausend Wünsche blühen!

(Ca. 300 Leute waren da, anschließend gab es eine Demo zum türkischen Konsulat. Dort wurde sich mit einigen hundert linken türkischen Leuten getroffen.
Die Menge skandierte dann gemeinsam "Taksim Platz überall - überall ist Widerstand".)



Solidarität mit dem Aufstand in der Türkei

Nachdem seit Ende letzter Woche fast jeden Tag in Berlin, Hamburg und vielen anderen deutschen Städten Menschen auf die Straßen gingen, um ihre Solidarität mit den anhaltenden Kämpfen in der Türkei auszudrücken, gab es am Abend des 7. Juni wieder eine kurze, wilde Demo im Kreuzberger Zentrum. Ca. 50 Personen trafen um halb elf Parolen rufend und von Feuerwerk begleitet am Kottbussser Tor ein. Nach kurzer Zeit war der Verkehr durch Baustellenmaterial in fast alle Richtungen blockiert. Die Bullen, welche zu dem Zeitpunkt gerade dabei waren Drogenkontrollen durchzuführen, wurden mit Steinen und Brandsätzen angegriffen. Danach löste sich der Mob wieder auf. Bereits kurze Zeit vorher wurden in der Umgebung Flyer, welche seit ein paar Tagen kursieren und auf türkisch und deutsch die Revolte in der Türkei thematisieren, an PassantInnen verteilt. Ebenfalls wurden Transparente mit der Aufschrift "Berlin grüßt Istanbul - für die soziale Revolte weltweit" und "Özgürlük için omuz omuza! (Schulter an Schulter für die Freiheit)" aufgehängt. Wie der Presse zu entnehmen ist, haben die Bullen, welche offensichtlich mit mehreren Wannen in der Nähe in Bereitschaft standen, zwei Personen festgenommen. Unsere Solidarität gilt auch Ihnen, die nun der Willkür der Berliner Polizei und Justiz ausgesetzt sind. Wir kommen wieder, wann, wo und wie wir wollen. Beteiligt euch an den Demos, macht Aktionen und zeigt den Aufständischen, dass wir auch hier in Berlin an ihrer Seite kämpfen.

Unsere Gedanken sind bei den FreundInnen und Angehörigen von Mehmet Ayvalıtaş, Abdullah Cömert und Ethem Sarısülük, die während der Revolte zu Tote kamen.

Freiheit für die Gefangenen!

Es wurden im Laufe des Abends der Soli-Aktion zwei Menschen vorläufig festgenommen, mussten aber wieder rausgelassen werden. In den Tagen darauf gab es eine Hausdurchsuchung bei der Meldeadresse einer der festgenommenen Personen. Die Bullen bedrohten eine anwesende Person und durchwühlten und verwüsteten trotz des Wissens an der falschen Adresse zu sein die Zimmer von Menschen. In einem Fall wurde eine Postkarte mit der Nachricht "Du Opfer!" hinterlassen. Inhalt des Flyers: Solidarität mit den Aufständischen Leute strörnen auf die Straßen, Barrikaden werden errichtet, Autos brennen und alles was nicht niet- und nagelfest ist fliegt in Richtung Polizei. Der Himmel ist bedeckt vom Tränengas, und ein Schrei nach Freiheit bahnt sich seinen Weg durch den Nebel. Nachdem vor ein paar Tagen in Istanbul eine der letzten öffentlichen Grünflächen zugunsten eines Einkaufszentrums verwüstet werden sollte, war dies der Funke der tausende von Menschen gemeinsam auf die Straße brachte um dagegen Widerstand zu leisten.

Diese Revolte hat sich mittlerweile wie ein Lauffeuer über das ganze Land verbreitet. Mögen die Motivationen und Beweggründe jeder einzelnen Beteiligten noch so unterschiedlich sein. machen sich durch den Bruch mit dem Bestehenden neue Räume auf, in denen Selbstorganisation, Solidarität und Auseinandersetzung möglich werden. Alles Dinge, die in einer Welt, wie wir sie kennen, nur selten Platz finden. Zwischen Schule, Arbeit, Miete zahlen, Familie ernähren etc. scheint es oft keine Zeit zu geben sich mit der Zerstörung unserer Umgebung auseinander zu setzen. Wir finden es gut, das es überall auf der Welt Leute gibt, die es trotzdem tun.

Wie sich zeigt können die kleinen Kämpfe im Alltag manchmal der Auslöser für einen generalisierten Aufstand sein. Wir können die Rauchzeichen aus den Städten erkennen und unsere Kämpfe, die wir hier führen - gegen Verdrängung, Entwürdigung und Polizeigewalt - in ihnen wieder finden. Deshalb rufen wir zur Solidarität mit den Aufständischen auf, damit auch am Bosporus zu sehen ist, dass sie nicht alleine sind.

Schulter an Schulter für die Freiheit!



Demobericht

Für die soziale Revolte!

Am 27.04.13 fand in Hamburg die überregionale Demo: „Für die soziale Revolte! Solidarität mit den selbstorganisierten Kämpfen in Griechenland und weltweit! Für eine herrschaftsfreie Perspektive!" statt.

Nach einem Auftakt mit Redebeiträgen vor der Roten Flora zog die Demo kurz vor 16 Uhr zügig, mit etwas Feuerwerk begleitet, durchs Schanzenviertel in Richtung Innenstadt. Vor den Gerichten wurde eine Zwischenkundgebung zur Situation in den Knästen in Griechenland, sowie der Lage der Geflüchteten und der Totalverweigerer gehalten.

Ab dort zogen die Bullen langsam ihr Spalier auf und veranstalteten mit Wasserwerfern und Räumpanzer die übliche Hamburger Materialschau. Insgesamt verhielten sich die Bullen für Hamburger Verhältnisse sehr zurückhaltend. Nach einer weiteren Zwischenkundgebung am Gänsemarkt zogen die 8-900 Demonstrant_innen über Jungfernstieg und Steinstraße zum Hauptbahnhof. Die Spitze der Demo war erfreulich laut und kämpferisch, insbesondere die Parolen der griechischen Mitstreiter_innen haben die Stimmung unterstützt. Die gesamte Route wurden Flyer und Zeitungen mit Informationen zu Kämpfen in Griechenland und anti-autoritären Ideen verteilt.

Laut Medien gab es am Abend und in der Nacht noch mehrere Aktionen. So griffen Vermummte mit Steinen und Farbbeuteln gegen 22 Uhr das Telekom Gebäude am Gorch-Fock-Wall an und entzündeten Autoreifen und Rauchkörper. An der Elbchaussee wurde der Business Club Hamburg Ziel von Farbgläsern und Steinen.
Die Demonstration und Aktionen waren ein solidarischer Gruß Richtung Griechenland.

Für einen kämpferischen Sommer!

Für die soziale Befriedung, äh Revolte....!

- Einige Gedanken zur Demonstration „Für die soziale Revolte" in Hamburg am 27.04.2013

Es ist uns ein Anliegen, ein persönliches Resümee dieser Demo zu ziehen. Zum einen weil es bisher, soweit uns bekannt, nur einen kurzen Demobericht [1]) gab und wir eine längere (Selbst-) Einschätzung der Demo-Orga-Gruppen vermissen. Zum anderen sehen wir jedoch eine Reflektion/ Einschätzung auch in unser aller Verantwortung, genauso wie den Demoverlauf selber.
Da dieser Text unsere subjektive Wahrnehmung wiedergibt, hat er keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder eine (fehlerfreie) objektive Beweisführung.

Erfreulich fanden wir die Demo-Ankündigung zum 27.04.13, da in dem Aufruf u.a. keine einseitige Soli-Botschaft, sondern ein gegenseitiges Verständnis von Solidarität bekundet wurde. Und dass, im Sinne einer rebellischen, unversöhnlichen Haltung gegenüber jeder Herrschaftsstruktur, sowohl in Griechenland als auch vor der eigenen Nase, die Verhältnisse als unterdrükkende erkannt werden.

Zitat aus dem Demo-Aufruf:
„Wenn wir nach Griechenland blicken und die Menschen auf der Straße sehen, ihre Worte hören und lesen, sind es die Ideen gegen jede Herrschaft, das Verlangen nach einem selbstbestimmten Leben in Freiheit, mit dem wir uns verbunden fühlen und das auch hier unser Antrieb, unsere Perspektive ist. Keine Politik und kein Staat kann uns aus der Misere der unterdrückerischen Normalität retten. Wir wollen unsere aktive Solidarität demonstrieren und gleichzeitig hier die Monotonie durchbrechen und zusammen für die Freiheit kämpfen. ……..ob Krise oder nicht, Kapitalismus bedeutet alltägliche Gewalt. Unsere Perspektive muss daher die Initiative des Angriffs auf die Strukturen sein, die dieses gewalttätige System aufrecht erhalten - die soziale Revolte." [2])

Für uns ist dieser Aufruf, sowie jegliche Bestrebungen mit autoritären Strukturen zu brechen, unvereinbar mit einer Kooperation mit dem Staat und den Bullen. Es ist Teil unserer Haltung, dass wir uns von niemanden vorschreiben, erlauben bzw. verbieten lassen wollen, wann wir wo, mit wem und wie z.B. langlaufen, demonstrieren, Flyer verteilen etc.... gerade weil von Parolen rufen bis direkten Angriffen, von Flyer verteilen bis Seifenblasen pusten, jeder Mensch das tun und lassen soll, was sie_er für richtig hält, um ihrer_seiner Wut oder Anliegen Ausdruck zu verleihen.

Wir sehen diese Demo-Anmeldung auch als eine Kooperation an!

Oft heißt es bei einer Demo-Anmeldung, sie sei wichtig, um eine vermeintliche Sicherheit für die Teilnehmenden zu gewährleisten, außerdem ist von einer angeblichen Schwäche in Bezug auf die Durchsetzungskraft einer unangemeldeten Demo die Rede (es gab in der Vergangenheit auch in Hamburg immer wieder unangemeldete Spontis, die mal besser, mal schlechter liefen) ….
und wenn schon?! Sollte uns das von einem Versuch abhalten?

Wir fühlen uns überhaupt nicht sicher, umringt von hunderten (bewaffneten) Bullen und deren Fahrzeuge, Wasserwerfer, Kameras etc. Das möglich machen einer unangemeldeten Demo liegt natürlich auch bei der Entschlossenheit und Vorbereitung jeder teilnehmenden Person, Kreativität und ein bisschen Glück. Wenn wir jedoch von „Bewegungsmanagern" schon von vornherein Stärke, Wut oder auch Ohnmacht abgesprochen bekommen und uns das auch absprechen lassen, dann halten wir dies für die eigentliche Schwäche. Was uns hier fehlt(e) ist Neugierde, Mut, Kreativität und Solidarität, wenn es darum geht gemeinsam einen Moment der Revolte, der offenen Rebellion entstehen zu lassen.

Wir erleben lieber einen Moment des selbstermächtigten Wutausbruchs, mag er auch noch so kurz sein. Lieber die mal kurze und mal längere Sponti, die den normalen Ablauf einer Stadt aufbricht und die scheinbare Ruhe und Ordnung bröckeln lassen kann.....
Lasst uns unangemeldete spontane Aktivitäten weiter versuchen, auch damit manchmal scheitern und dann wieder anfangen zu experimentieren.
Wir wollen nicht für ein rein hypothetisches Leben kämpfen, sondern im hier und jetzt Räume zum Ausprobieren schaffen und nutzen. Einem Masterplan zu folgen, sprich um z.B. eine Demo zu machen, nur um eine Demo gemacht zu haben, reicht uns schon lange nicht mehr.

Trotz der Demo-Anmeldung, woll(t)en wir



uns mit den selbstorganisierten Kämpfen u. a. in Griechenland solidarisieren, weil wir uns mit ihnen verbunden fühlen in dem Streben nach der Wiederergreifung unserer Leben. Wir sehen uns als Menschen, die, wie z. B. jene in Griechenland, von/in dieser Gesellschaft ausgebeutet, unterdrückt, dominiert und enteignet werden.
Wir hatten das Gefühl, dass nur sehr wenig Parolen gerufen wurden und eine dynamische, oder gar kämpferische Stimmung/ Fortbewegung wollte nicht so richtig aufkommen..... allen Versuchen vom Lauti zum Trotz: Es halte immer wieder: „Für die soziale Revolte!"
Insgesamt empfanden wir die Zusammensetzung der Demo recht diffus mit einer Mischung aus allem, was sich in „die Linke Szene" pressen lässt. Wir hätten uns über eine klar anti-autoritäre Demo gefreut, aber weit gefehlt, denn nicht nur, dass es sogar emotionslose Redebeiträge von dogmatischen Kommunist_innen inklusive Marx-Zitaten gab, sondern es fanden sich auch einige Linksnationalist_innen in der Demo ein. Zudem waren wir alle nicht in der Lage zu verhindern, dass eine PKK-Führer-Öcalan-Fahne fast die gesamte Demo mitgetragen wurde. Die Person(en) wurden mehrmals darauf angesprochen, dass weder Partei- und/oder Nationalfahnen, noch sonstige Führerkult-Fahnen erwünscht sind. Doch stieß dies auf Unverständnis und wurde mit oberflächlicher Gegenargumentation abgetan und somit eine anti-autoritäre Ausrichtung übergangen.

Besonders übel aufgestoßen ist uns der Redebeitrag vorm Knast. Hier entstand der makabere Eindruck, als ob den Menschen im Knast hier erzählt wird, dass sie es doch hier ganz gut hätten im Gegensatz zu den Gefangenen in Griechenland. Davon abgesehen, dass ein großer Teil im Knast Holstenglacis gar kein deutsch spricht, finden wir, dass dieser Vergleich mit den Knästen in Griechenland das Eingesperrtsein von Menschen hier nicht besser macht.

Wir hatten uns auf eine unversöhnliche Demo gefreut, die es vielleicht schafft eine eigene Dynamik zu entwickeln, wobei uns bewusst ist, dass dies immer nur ein Versuch sein kann. Doch das was wir gesehen haben, war keine Demo, die unversöhnlich gegenüber den autoritären Verhältnissen sein wollte, sondern es schien so als ob die meisten lieber ein friedliches und rein symbolisches „Zeichen setzen" wollten. Selbst als es an wenigen Stellen zu verbalen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Demoteilnehmer_innen und Bullen kam, schritten u.a. einzelne „Szene"-Aktivisten befriedend ein, die somit die Funktion eines Ordnungshüters übernahmen.

Auch sehen wir das Bullenverhalten keinesfalls als deeskalierend an. Jeder Bulle ist eine Provokation oder wie der anarchistische Gefangene Theofilos Mavropoulos einmal im Gericht sagte: „...a cop, whether carrying a gun, or having it in its holster, is an obstacle to my freedom..."
Wir fragen uns auch warum diese Demo, wenn schon angemeldet, unter diesen Umständen, nämlich umzingelt von einem martialischen Bullenaufgebot, nicht irgendwann aufgelöst wurde?

Wie wir der Internetseite revoltedemohh.noblogs.org entnehmen konnten, wurden in den Wochen vor der Demo Flyer und Plakate verschickt und somit auch städteübergreifend mobilisiert. Zudem waren die (Demo-)Flyer und Plakate auch an vielen Stellen in Hamburg sichtbar, was wir sehr gut fanden. Außerdem gab es einen eigenen Antifa-Aufruf [3], den wir in seiner Analyse richtig finden, der sich aber für uns eher nach einem Teilbereichskampf anhört.....
Am verstörensten und zugleich lächerlich fanden wir den Aufruf der Kampagne „Flora bleibt un(v)erträglich" mit der Überschrift „Es geht nicht um Geld, sondern um Gerechtigkeit!".
Die selbstbezogenen Berufsaktivist_innen des selbsternannten Flora-Plenums und des Plenums der Kampagne „Flora bleibt un(v)erträglich" konnten es sich wiedermal nicht nehmen lassen ihren spießigen Senf dazuzugeben und haben den Versuch gestartet einen Aufruf zur Revolte zu verfälschen und zu vereinnahmen für einen reformistischen und legalisitischen Weg, der in gewohnt akademisch-distanzierter Weise, Forderungen an Politik und Staat stellt, indem z.B. soziale Rechte und die Vergesellschaftung der Euro-Zone (!?) gefordert werden.
Ein Zitat der „Verschwörung der Feuerzellen":
„Für uns, die wir uns selbst als AnarchistInnen der Praxis, InsurrektionalistInnen, NihilistInnen und Antisoziale identifizieren, läuft der Aufstand außerhalb und weit weg von ökonomischen Forderungen und objektiven Rahmenbedingungen ab. Wir schaffen die Wirtschaft als eine soziale Beziehung zwischen uns ab und definieren unsere subjektiven Bedingungen als einen Ausgangspunkt des Aufstands. Um die Wahrheit zu sagen, wir sind nicht interessiert an ökonomischen Begriffen oder Theorien, noch teilen wir die Qual des Zahlenwerks, der Statistiken und des finanziellen Defizits mit der Gesellschaft. Wir wissen nur, wie sehr wir in der modernen Welt der Gefangenschaft erdrückt werden; ob diese Welt nun durch die Wirtschaftskrise als krank erachtet wird oder nicht." (*)

So wurde das betreffende Wochenende zu einem Protestspektakel verklärt und mit einer Selbstverständlichkeit alle verschiedenen Themen in einen Topf geworfen....
Da wir uns hier an dieser Stelle nicht weiter an dem hierarchischen Flora-Plenum und co. und anderen Polit-Aktivist_innen abarbeiten wollen, verweisen wir auf einen Text, von Wolfi Landstreicher „Von der Politik zum Leben" 4) , der sich u.a. mit der Ablehnung von Politik und Aktivismus beschäftigt.

Wir haben die Schnauze voll von den „allwissenden" Berufs-Aktivst_innen in ihren Teilbereichskämpfen und einigen dominierenden Bewegungsmanagern, die hin und wieder vorausgeschickt werden.

In unserem streben nach der Wiederaneig-

nung unserer Leben wollen wir nicht nur mit Bullen, Gesetzen, Normen und dem Staat brechen, sondern auch mit sogenannten Bewegungsmanager_innen und allen anderen Expert_innen, die meinen, sie könnten mittels autoritärer Verhaltensweisen/ Strukturen anderen ihre heuchlerischen Moralvorstellungen aufdrängen. Wir wollen uns nicht selbst verstümmeln und blockieren (lassen) durch vermeintliche Pflichten gegenüber irgendjemanden, wir wollen nichts aber auch gar nichts aufgrund einer konstruierten Schuld oder Pflicht tun. Wir wollen das, was wir tun aus unserem Verlangen nach einem selbstbestimmten Leben heraus machen ....
Wir wollen mit allem (Berufs-) Aktivismus brechen, der sich auch in vielen (Haus-/Polit-)Projekten festgesetzt hat.
Wir werden mit allen brechen, die nicht damit aufhören konfliktreiche Auseinandersetzungen zu unterbinden und Bedürfnisse und Initiativen mit Füßen zu treten, nur um einen „ eigenen Szene-Frieden“ zu wahren und ihre Dogmen nicht hinterfragen zu müssen.

Wir begrüßen, wie auch im Demo-Aufruf thematisiert, als Antwort auf diese Verhältnisse (und auch als Impuls lebendig zu sein/werden) die Initiative zur Revolte: Was für uns heißt, dass nicht nur riots und Aufruhr auf den Straßen stattfinden (sollten), sondern dass wir jegliche befriedende Nische, sowie jegliche Kooperation mit Staat, Bullen und Autoritären jeglicher Art verweigern und eigene selbstorganisierte Projekte auf die Beine stellen wollen und auch unseren Alltag rebellisch gestalten.

Denn wir fühlen echte Wut und echte Verzweiflung, echten Hass und echte Ohnmacht, echte Freude und echte Trauer. Wir gehen nicht raus auf die Straße, weil wir nur theoretisch eine Wut nachvollziehen können, wir wollen nicht (nur) die Revolte, weil wir wissen dass es anderen Menschen (noch) schlechter geht als uns, weil unser Verstand oder schlaue Bücher oder akademische Beweisführungen uns sagen, dass andere Menschen von dieser oder jener Not betroffen sind. Nein, wir spüren dies auch selber und wollen nicht nur anderen solidarisch bei ihrer individuellen/kollektiven Befreiung zur Seite stehen. Nein, wir spüren auch unsere eigenen Ketten und wollen uns selber auch davon befreien und empfinden Solidarität als etwas Gegenseitiges.

Dazu in einem Text von der „Verschwörung der Feuerzellen“:
„Weit entfernt von Experten und Spezialisten, die den Begriff der Solidarität in eine alberne Farce des Humanismus und der Viktimisierung verdrehen, all unsere aggressiven Eigenschaften verstümmeln. Anarchistische Solidarität entspricht weder Normen noch todsicheren Konzepten. Was essentiell für Solidarität ist, ist die Fortsetzung und Verschärfung des anarchistischen Angriffs [...] gegen die Würdenträger des Bestehenden.“

Es geht uns nicht darum, dass alle Menschen mit Knarren einen bewaffneten Aufstand vollziehen müssen, sondern die individuelle Entscheidung zu einem unversöhnlichen und rebellischen Leben ist für uns bedeutsam. Dazu noch einmal die „Verschwörung der Feuerzellen“:
„Wir glauben, dass das, was notwendig ist sich anzueignen, der Wille zum anarchistischen Aufstand selbst ist, und die Mittel sind nichts anderes als Objekte mit denen unsere Hände und unsere Wünsche in der Lage sind zu entdecken. Daher vermeiden wir die Trennung zwischen niedriger und hoher Intensität von Gewalt und wir zerstören die Reproduktion des Expertenmythos.“ (*)

Die einzige Frage, die für uns offen bleibt und zwar nicht nur in Bezug auf diese Demo:
„Brennen unsere Herzen noch?“ 5)

Hass auf jeden Staat und alles was uns einsperrt und unterdrückt!
Freiheit für Alle!

Einige Individuen

1) linksunten.indymedia.org/de/node/84834
2)revoltedemohh.noblogs.org/post/2013/04/4/aufruf
3) revoltedemohh.noblogs.org/antifa-aufruf
4)translationcollective.wordpress.com/2013/01/16/von-der-politik-zum-leben-anarchie-vom-muhlstein-der-linken-befreien
5) Wir empfehlen die Lektüre von: autonomerkongress.blogsport.de/images/brennen_unsere_herzen.rtf

(*) Da sich im Demo-Aufruf auch auf die in Griechenland aktive Stadtguerillagruppe „Die Verschwörung der Feuerzellen“ bezogen wurde und wir trotz einiger Differenzen uns solidarisch mit Ihnen fühlen, wollen wir aus einem Beitrag der neun inhaftierten Mitglieder der revolutionären Organisation CCF (Verschwörung der Feuerzellen) und dem anarchistischen Gefangenen Theofilos Mavropoulos zitieren. Jener Text wurde zum Anlass eines internationalen anarchistischen Treffens, welches unter einer insurrektionalistischen Perspektive zusammengekommen war (Zürich, 10-13 November 2012) geschrieben:
de.contrainfo.espiv.net/2013/02/05/griechenland-sagt-nicht-dass-wir-wenige-sind-sagt-einfach-dass-wir-entschlossen-sind-von-der-r-o-ccf-verschworung-der-feuerzellen-und-theofilos-mavropoulos

27.04.

Wir haben in der Nacht des 27.04.13. die T-Systems Niederlassung am Gorch Fock Wall/Hamburg mit Steinen und Farbflaschen angegriffen, um unseren Rueckweg abzusichern wurden Autoreifen und Rauchkoerper gezuendet. Damit moechten wir die Deutsche Telekom AG als Krisenprofiteur und Kriegsdienstleister sichtbar machen.

Die Deutsche Telekom AG ist eines der vielen multinationalen Unternehmen, welche durch die weltweite Wirtschaftskrise versuchen sich auf dem europaeischen Markt weiter zu etablieren. Ein Beispiel hierfuer ist das griechische Telekommunikationsunternehmen OTE. Es wurde schon vor Jahren von der Deutschen Telekom aufgekauft. Trotz der einbrechenden Wirtschaft und den Sparmassnahmen in Griechenland konnte die Deutsche Telekom noch mehrere Millionen Euro in den letzten Jahren aus der OTE pressen. Weil die Gewinne bei der OTE nicht in dem erwarteten Umfang steigen, fuehrt die Deutsche Telekom Entlassungen und massive Lohnkuerzungen durch. So teilte die Deutsche Telekom mit, bei ihren neugewonnenen MitarbeiterInnen den Rotstift anzusetzen, durch Kuerzungen der Boni, sowie der automatische Stop von vertraglich geregelten Gehaltssteigerungen.

Die Deutsche Telekom AG hat zudem eine Monopolstellung im deutschen Telekommunikationsgeschaeft. Besonders bei der lueckenlosen Ueberwachung tut sich die Telekom als Vorreiter hervor.

Die Deutsche Telekom ist mit ihrer hundertprozentigen Tochter T-Systems selbst aktiv in der Kriegs- und Sicherheitsindustrie. Fuer moderne Kriegsfuehrung bei der Bundeswehr ruestet T-Systems militaerische Fahrzeuge, Liegenschaften und Kriegsschiffe mit Kommunikationstechnik aus. Neben IBM und Siemens ist die Telekom ein wichtiger Partner bei der Modernisierung der Bundeswehr-IT-Infrastruktur.

T-Systems baut in mehreren Bundeslaendern den Digitalfunk fuer Polizei und Feuerwehr auf. Auf ihrer Internetseite bruestet sich die Telekom mit der Datenverarbeitung und Datenverknuepfung fuer die Polizei und mit mobilen Systemen fuer Personenkontrollen um noch effektiver deutsche Grenzen schuetzen zu koennen.

Nicht zu letzt war die Telekom aktiv bei der Abschaltung des griechischen athens.indymedia beteiligt, das eine wichtige Kommunikationsplatform fuer die Bewegung in Griechenland ist.

Gruende genug, diesen Konzern - wo immer es geht - anzugreifen!

Mit dieser Aktion greifen wir die Idee aus Bremen und Berlin auf und leisten einen Beitrag in der vorgeschlagenen Kampagne gegen die Deutsche Telekom.

Solidarische und wuetende Autonome



Splitter der in der Nacht:

+++1.Mai: Auseinandersetzungen mit den Cops: Steine, Flaschen, Rauch und Glasbruch an verschiedenen Banken.

08. Mai - Farbe auf "Gedenksteine"

68 Jahre Befreiung vom deutschen Faschismus - wer nicht feiert hat verloren oder tarnt die Geschichtsverklärung als persönlichen Trauerakt.

Die Nachkommen der deutschen Täter_innen beheulen gerne rund um den 08. Mai die Lücken, die die Befreiungsmächte in ihre Stammbäume gebombt haben. Wir nicht. Und haben uns daher bereits einen Tag vor dem Tag der Befreiung vom Faschismus zu einigen Hamburger Pilgerstätten aufgemacht, um ihnen eine gesonderte Form der Pflege zukommen zu lassen.

Das 1935 erbaute Bramfelder "Ehrenmal", welches an tote Deutsche aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg erinnern soll, ist Pilgerstätte für Neonazis und ihre Heldengedenken. Gleiches gilt beispielsweise für den "Gedenkstein" in der Steinbeker Hauptstraße, der 2012 Neonazis wie Heiko Hackland, Sven Warremann, Martin Eggers und Thomas Wulff anlockte, die dort deutsche Täter_innen als Opfer verklärten.

Weitere Ziele waren die Gedenksteine am Kupferdamm in Farmsen und Jenfeld.

Die gewählten Orte liefern den Nährboden eines geschichtsrevisionistischen, nationalistischen Weltbilds. Sie stehen beispielhaft für die Verbindung von mehrheitsgesellschaftlichen Trauerritualen, die deutsche Täter_innen zu Opfern verklären und neonazistischer Heldenverehrung.

Deutsche Täter_innen sind keine Opfer! Nazis auf Maul!

Kommando

Antideutsche Kriegsgräberfürsorge



+++10. Mai: Während des Hafengeburtstags verliert ein Feldjägerwagen seine Scheibe und ein Bullenwagen wird mit Flaschen verscheucht.

+++25.Mai: 2 HVV Automaten werden mit Böllern im Bahnhof Nettelnburg verschrottet

Was Til Schweiger tut wenns brennt



Schauspieler Til Schweiger lässt 21 Websites sperren

Der deutsche Schauspieler Til Schweiger hat über seine Anwälte der Berliner Kanzlei Eisenberg und König die Sperrung der Top-Level-Domain ucrony.net erwirken lassen, um einen Artikel über einen Farbbeutelanschlag gegen sein Haus Anfang April zu unterdrücken.
Til Schweiger, der vor allem in den Neunziger Jahren durch eher mittelmäßige Komödien bekannt wurde, hatte einen Beitrag auf dem in den USA gehosteten mehrsprachigen Blog directactionde.ucrony.net bemängelt und schließlich eine einstweilige Verfügung gegen den Domain Registrar domaindiscount24 (Key Systems) erwirkt. Der vom Landgericht Berlin unter der Geschäftsnummer 27 O 265/13 ausgestellte Beschluss untersagt dem "Registrar der Seite ucrony.net die Wohnanschrift des Antragsstellers zu veröffentlichen".
Domaindiscount24 sperrte daraufhin umgehend die komplette Top-Level-Domain. Die Anwälte Schweigers drohen Ucrony.net außerdem mit weiteren rechtlichen Schritten und "verbieten ausdrücklich jedwede auch nur indirekte publizistische Nutzung" des rechtlichen Vorgehens Schweigers.

Ucrony.net, ein Kollektiv von Freiwilligen, bietet seit 2006 zahlreichen nicht-kommerziellen Projekten und Blogs Subdomains an, unter anderem auch directactionde.ucrony.net.

Betroffen durch die Sperrung sind aber nun auch alle anderen Subdomains von ucrony.net, u.a. die Webseiten verschiedener Fotografen und Musikern in den USA, Deutschland, Großbritannien und Frankreich, verschiedene lokale Bürgerinitiativen sowie deren Emails und Mailinglisten.
Ucrony.net und das plentyfact collective, welches ucrony technische Unterstützung bietet, protestieren gegen diesen Angriff auf die Meinungsfreiheit: Die Abschaltung von 21 Websites wegen eines einzigen umstrittenen Artikels, der so auch in anderen Online-Medien zu finden ist, stellt einen so bisher nicht dagewesenen Eingriff dar. Gegen welches deutsche Gesetz der Blogpost verstoßen haben soll, wird von den Anwälten Schweigers nicht erwähnt, warum ein mehrsprachiger Blog in den USA überhaupt deutschem Recht unterliegt bleibt unklar.
Der Versuch der Anwälte, Ucrony.net darüber hinaus die Veröffentlichung der juristischen Schritte Schweigers zu untersagen stellt offenbar einen Versuch dar, dem Kollektiv einen Maulkorb zu verpassen.
Ein Sprecher des plentyfact Kollektivs sagte dazu: "Domainregistrare als Druckmittel zu benutzen um Inhalte zu sperren ist unverhältnismäßig. Es ist kaum anzunehmen, dass die Domain der FAZ oder der BILD wegen eines Artikels abgestellt wird, aber offenbar sind Anwälte und Gerichte bei nicht-kommerziellen Projekten und Blogs weniger zimperlich. Ucrony juristisch zum Schweigen über den Vorgang zu verpflichten ist eine Ungeheuerlichkeit, die wir nicht hinnehmen werden."

Ein in London lebender DJ, dessen Website auch von der Sperrung betroffen ist, sowie weitere betroffene Initiativen erwägen nun rechtliche Schritte gegen Schweiger.

Kontakt: ucrony@riseup.net

Sommer für Sonja

Sommer, Sonne, Wärme… wir sitzen in Parks und diskutieren, essen ein Eis oder zwei, planen Aktionen und Camps, lassen uns die Sonne auf den Bauch scheinen: die einen genießen die Ruhe im Wald, andere lieben den Duft geschmolzenen Asphalts. Sommer kann so schön sein… doch eine fehlt.

Sommer für Sonja!
Seit September 2012 können wir Sonja nur zweimal pro Woche sehen – wenn wir uns das Schauspiel im Frankfurter Landgericht angucken wollen. Wir hören von ihr, wenn wir Prozessberichte lesen über Beugehaft, mit dem Ziel verhängt, dass Genoss_innen verraten, über Verräter und Verhörmethoden, die unsere Hände in den Taschen zu Fäusten werden lassen. Andere schreiben Briefe, bleiben in Kontakt. Konnten sich Sonja und Christian bisher wenigstens zweimal pro Woche im Gericht begegnen, wurden sie jetzt auch noch getrennt, indem das Verfahren gegen Christian abgetrennt wurde. Er darf nicht mal als Zuschauer in den Gerichtssaal, weil er als Zeuge geladen werden könnte. Wie es aussieht will der Staat Sonja und Christian verurteilen und weiter im Knast behalten.
Doch nun steht auch noch die Sommerpause des Gerichts vor der Tür.
Wenn das Gericht in die Sommerferien fahren kann, dann gehört unsere Genossin erst Recht in Freiheit!

Deshalb fordern wir: Sommer für Sonja!

http://sommerfuersonja.noblogs.org/

Geht doch!

Manifest für den Erhalt der Esso-Häuser (Auszug)

„Was sind schon Städte, gebaut / ohne die Weisheit des Volkes?" (Bertolt Brecht, 1953)

Man sollte meinen, der Abrisswahn früherer Tage könnte die Politik eines lehren: Dass der Geschmack dem Zeitgeist unterworfen ist - gerade im Städtebau. Stadtteile wie Hamburg-Ottensen und St. Georg, Frankfurt-Westend, Berlin-Kreuzberg und viele andere hätten ihr Gesicht verloren, hätte man Investoren und Politiker_innen schalten und walten lassen, wie es ihnen passt. Erst Proteste und Besetzungen haben die Gründerzeithäuser, die winkeligen Gassen, die Altbauten, die Hinterhöfe, die Manufakturen und Fabrikhallen vor der Zerstörung gerettet. Denn das Meiste von dem, was man heute für den Inbegriff der europäischen Stadt hält, galt Politiker_innen bis weit in die Siebziger als unmodern und überaltert. Sprich: Was sie gestern scheußlich nennen, kann morgen schon ein Juwel sein.
Unter Denkmalpflegern, aber auch im Architektur-Diskurs, ist die Diskussion um den Schutz der Nachkriegsmoderne längst angekommen. Nicht so bei Hamburgs Politiker_innen. Wenn es um Gebäude der Fünfziger bis Siebziger geht, haben Investoren mehr denn je ein leichtes Spiel, diese als Schandfleck zu brandmarken und sie für abrissreif zu erklären. Das Frappant-Kaufhaus in Altona Altstadt von 1973, der Astra-Turm von 1970 auf St. Pauli, das GlaxoSmithKline-Hochhaus an der Außenalster von 1970, Paul Seitz' Katharinenschule von 1957 sind schon aus dem Stadtbild verschwunden, die Cityhof-Hochhäuser am Klosterwall von 1958 sollen es bald. Und während Hamburgs Tageszeitungen überall Bausünden ahnden, die weg müssen, planen Investoren an ihrer Stelle architektonische Ödnis - oder haben sie schon gebaut.

Wenn es dabei nur um eine ästhetische Diskussion ginge, wäre es schlimm genug. Tatsächlich aber geht es nicht zuletzt darum, wie Menschen in dieser Stadt leben sollen. Das jedenfalls schließen wir, die Unterzeichnenden dieses Manifests gemeinsam mit den Bewohner_innen, Gewerbetreibenden und Anwohner_innen der Esso-Häuser am Spielbudenplatz aus dem bald vier Jahre andauernden Streit um den Abriss dieses Areals. Was wollte man uns nicht alles weismachen: dass die Esso-Häuser „hässlich" sind (Stadtentwicklungssenatorin Blankau im Einklang mit der „Bild"-Zeitung), dass man „da nicht wohnen kann" (Ex-Bezirksamtsleiter Schreiber). Dass die Häuser zu marode seien, dass eine Sanierung nicht „wirtschaftlich" sei, behauptete die Bayrische Hausbau, die das Areal im Mai 2009 gekauft hat.

Hat irgendwer von den Gutachter_innen, Bezirkspolitiker_innen, Profi-Bürgerbeteiliger_innen und Investoren-Pressesprecher_innen gefragt, was die Bewohner_innen an den Häusern schätzen? Nein. Stattdessen erzählt man Märchen von Sozialwohnungen, die die Buden in den Esso-Häusern mehr als wettmachen würden. Gleichzeitig verschickte der Investor schon Mietaufhebungsvereinbarungen ohne Rükkkehrrecht.. Hätten sich die Betroffenen nicht auf die Hinterbeine gestellt und eine massive Kampagne gegen den Abriss losgetreten – die Esso-Häuser wären längst Geschichte.

Geschichte wäre damit auch ein Stück architektonischer und sozialer Kiez-Identität. Weder der Vorbesitzer noch die Bayerische Hausbau haben für die Instandhaltung Sorge getragen, kein Wunder also, dass die beiden 1961 fertig gestellten Scheibenwohnhäuser plus Gewerberiegel heruntergekommen wirken. Doch was sich die Planer_innen damals überlegt haben – kleine Wohnungen für das moderne Kleinbürgertum, gebaut in der sachlichen Formensprache der klassischen Moderne und mit Tankstelle, Tiefgarage, Läden und Kneipen sozial an die Vergnügungsmeile und den Stadtteil angeschlossen – funktioniert heute besser denn je. In den Esso-Häusern sind die klassische Sechziger-Jahre-Architektur und die Lebensentwürfe der hier lebenden Menschen auf einmalige Weise zusammengewachsen. Wie gesagt: Man könnte ja mal die Leute fragen – die Rentnerin mit Kiez-Vergangenheit, die hier zusammen mit ihrem Enkel wohnt, die Studentinnen mit Kneipenjobs, die Transen und die Barkeeper, die Betreiber des Molotow oder des Planet St. Pauli und die Besucher_innen der Esso-Tankstelle: Sie alle haben sich die Häuser und Läden gemäß gemacht, sie schätzen die kurzen Wege, die Lage mitten im Vergnügungsviertel, die kleinen Wohnungen, die auch bei höherem Quadratmeterpreis noch bezahlbar sind, sie mögen die Nachbarschaft und die solide Sechziger-Jahre-Ausstattung mit Müllschlucker und Linoleum. Gerade auf St. Pauli, wo nichts bleibt, wie es ist, passen die Esso-Häuser wie die Faust aufs Auge. Hier geht es nicht um das traute Heim für die Familien aus dem oberen Mittelstand und nicht darum, unverbaubaren Kiezblick für solvente Best-Ager zu schaffen. Hier leben Leute unterschiedlichster Couleur und sozialer Herkunft, die damit umzugehen wissen, dass dieser Stadtteil allen gehört und die sich etwas anderes nicht leisten wollen oder können. Sollen die Standortvermarkter ruhig von authentischem Flair und schrillen Typen reden – hier, in den Esso-Häusern ist das alles zu Hause.

Das, was hier – und anderswo – auf dem Spiel steht, ist eine zentrale Herausforderung für eine zeitgemäße Stadtentwicklungspolitik: Man muss dem Umstand Rechnung tragen, dass sich Leute ihre Stadtteile, ihre Häuser angeeignet haben. Dass mit den Häusern auch Lebensentwürfe verschwinden und marginalisiert werden, die die Städte oft viel mehr auszeichnen als die jeweiligen Wohlstandsbürger, auf die die Investoren hoffen. Stumpf der Investoren-Agenda folgen? Das bringt am Ende eine gleichförmig-langweilige Mittelklasse-Stadt, in der sich videoüberwachte, Schöner-Wohnen-Oasen mit Büro-Event- und Gastronomiezonen abwechseln. Und weil die Bayerische Hausbau mit dem Argument „Sanierung unwirtschaftlich" den Esso-Häusern den Garaus machen will, sei noch gesagt: Die gängigen Berechnungen, mit denen solche Urteile gefällt werden, pflegen die im Gebäude verbaute Energie außer Acht zu lassen. Würde man diese sogenannte graue Energie mitberechnen, die der Abriss und die Entsorgung der Häuser verschlingt, fiele die Klimabilanz eines Neubaus deutlich schlechter aus. Umgekehrt: Eine energieeffiziente Instandsetzung verhindert eine solche Ressourcenverschwendung. Auch spricht nichts dagegen, auf dem Areal nachzuverdichten, um weitere Wohnungen zu realisieren.

Gerade weil St. Pauli zunehmend mit Event-Architektur zugestellt wird, meinen wir: Es darf keinen Abriss auf diesem Schlüsselgrundstück geben! Sanierung im Bestand ist angesagt! [...]

Deshalb:
Kein Abriss der Essohäuser!

ganzer Text unter:
http://www.manifest-essohaeuser.de/

Der Hamburger Senat spielt mit dem Feuer –

am ersten Mai schlidderte Hamburg nur knapp an einer Katastrophe vorbei

Zum Brand auf der Atlantic Cartier gibt es mittlerweile eine ganze Reihe von Texten und Stellungnahmen. Wir dokumentieren hier einen gekürzten Text des Anti-Atom-Büros, weil er den Ablauf des Brandes ganz gut dokumentiert. Es sei aber auch auf die Seite der Gruppe SAND verwiesen, wo unter Atlantic Cartier sehr ausführlich die Atomtransporte dieses und anderer Schiffe durch den Hamburger Hafen dokumentiert sind.
(http://www.nadir.org/nadir/initiativ/sand/)

Der erste Mai ist ein Feiertag – auch in Hamburg. Neben den Demonstrationen zeichnet sich dieser Tag vor allem dadurch aus, dass viele Menschen das erste Mal im Jahr im Freien grillen. In diesem Jahr kamen noch rund 100.000 Christen hinzu, die den 34. Evangelischen Kirchentag feierten. Direkt am Hafen, in der Hafencity fand mit mehr als 50.000 TeilnehmerInnen der Eröffnungsgottesdienst statt, und viele Menschen blieben auch nach Ende der Predigt für den Abend der Begegnung im Hafen.
Der Hamburger Pastor Thomas Jeutner erinnert sich in der Publik Forum (Nr. 10 2013 S.17) „Vor allem war es eng,..., und dann immer diese Kante von der Kai –Anlage....da hatten die Menschen zu wenig Platz, vor allem gab waren keine Fluchtwege einkalkuliert."
Nur rund 1200m vom Kirchentagsgelände, und nur rund 600m von den nächsten Häusern auf der dichtbesiedelten Veddel brach gegen 19.30 ein Feuer auf der Atlantic Cartier der Reederei ACL aus. Es sollte sich in den nächsten Stunden zum größten Schiffsbrand im Hamburger Hafen der letzten Jahre entwickeln. Das Besondere an diesem Schiff ist seine Konstruktion als ConRo Schiff, welches über Deck Container transportiert, und Unterdeck, einer Fähre gleich, Fahrzeuge aufnehmen kann, die in mehreren Etagen dicht hintereinander geparkt werden.
Nach Auskunft der Feuerwehr brach dort auch das Feuer aus bislang ungeklärter Ursache aus.
Als gegen 20.15 die ersten Feuerwehrleute am Schiff eintrafen, hatten sie lediglich die Information, dass dort Autos brennen würden. „Das Vorhandensein von Gefahrgut wurde im Zuge der ersten Erkundung auf dem Schiff durch Inaugenscheinnahme der geladenen Container von den Einsatzkräften erkannt." (Senatsdrucksache 20/8035) Gleichzeitig musste „aufgrund der starken Hitzeentwicklung der Innenangriff abgebrochen werden" (ebd.) Und nach „erfolgtem Rückzug der Einsatzkräfte wurde der bisher genutzte Zugang (...) vollständig geschlossen..." (ebd.)
Was sich zunächst als ein, der Hamburger Feuerwehr sicherlich nicht unbekannten, PKW Brand darstellte hatte sich gegen 20.30 zu einem sehr ernsten Problem ausgewachsen. Denn die „Inaugenschein" genommen Gefahrgüter waren rund 11t frische Brennelemente, 180t Ethanol rund 4t Munition, 2,5t Raketentreibstoff und rund 8,8t Uranhexafluorid (brutto, mit Behältern)sowie 41 weitere Gefahrgut Posten in 33 Containern. Nach dem ersten Rückzug der Feuerwehr wurde in Hamburg ein Großeinsatz ausgelöst. An den weitern Löscharbeiten die sich bis 11.41 am folgenden Tag, also rund 15,5 Stunden hinzogen, nahmen 296 Feuerwehrleute mit 76 Fahrzeugen teil, ein Löschroboter, zwei Löschboote drei Polizeiboote und drei Schlepper mit Löschvorrichtungen teil. Erst gegen 5.11 am Morgen des zweiten Mai hatten die Löschkräfte den Brand unter Kontrolle.
Außerdem wurde das bundesdeutsche Havariekomando informiert und Feuerwehr-spezialistInnen aus Cuxhaven und Brunsbüttel angefordert. Der Leiter der Feuerwehrabteilung 4 begab sich mit seinem Stab in den Lageraum des zentralen Katastrophenschutzdienststabes und informierte gegen 21.14 den Innensenator, den Polizeichef, und die Leitung des Katastrophenschutzes. Gleichzeitig fand ab 22 der Abendseegen des Kirchentages mit rund 12.000 TeilnehmerInnen in der nur rund 1200m entfernten HafenCity statt. Weder die Menschen dort, noch die BewohnerInnen auf der Veddel und in Wilhelmsburg, die beim an diesem Abend herrschenden Nord-Westwind am stärksten einer Bedrohung ausgesetzt waren, wurden über die bedrohliche Situation informiert. Auch hier gab es keinerlei Pläne, wie die BewohnerInnen hätten evakuiert werden können.
Erste um 23.08 konnte der erste Gefahrgutcontainer von Bord gehoben werden, und es dauerte noch bis 3.35 bis der Letzte von Bord war.
Wie so oft, wenn es um Störfälle in Atomanlagen geht, kamen am 1 Mai mehrere ungünstige Faktoren zusammen. Nicht nur die zahlreichen Gefahrgüter, die Normalsterbliche niemals nebeneinander stellen würden (z.B. Brennelemente neben Munition) erschwerten die Löscharbeiten, auch die Tatsache das schlichtweg am 1. Mai keine Hafenarbeiter zur Hand waren um die Containerbrücken zu bedienen. Nachdem alle Versuche fehlgeschlagen waren MitarbeiterInnen des O´Swaldkais auf zu treiben, wurde schließlich der Kranfahrer einer Leiharbeitsfirma mit Blaulicht zu Hause abgeholt und in den Hafen gefahren.
Ein solches Szenario wäre den Anti-Atom-Gruppen, bei ihren zahlreichen Anfragen an die Hamburger Senate sicherlich als vollkommen abwegig abgetan worden.
Nachdem die Container von Bord gehoben waren befanden sich, wie eine kleine Anfrage fast einen Monat nach dem Unfall ergab, noch eine ganze Reihe von Gefahrgütern an Bord, unter ihnen jene, die nicht in Containern gelagert wurden, sondern auf Grund der besonderen Bauweise des Schiffes auf LKWs in den Fahrzeugdecks geladen waren – unter anderem UF6 Heels, also entleerte Behälter für angereichertes UF6, in denen sich noch einige Kg Reststoffe befinden.
Glücklicherweise erreichte das Feuer im Fahrzeugdeck nicht den LKW mit diesen Heels, und glücklicherweise handelte es sich nicht um volle Behälter, wie beispielsweise am 10. Juni 2012, an dem die Atlantic Cartier 18480 kg angereichertes UF6 in Hamburg an Bord genommen hatte. (Quelle SAND), denn es hätte, im Gegensatz zu den Containern, keine Möglichkeit gegeben die Behälter von Bord zu manövrieren.
Über all diese Vorgänge, den Ablauf des Brandes, und die dabei entstandenen Gefahren ließ der Hamburger Senat die Öffentlichkeit im Unklaren. Zum Brand äußerte sich lediglich der Pressesprecher der Feuerwehr, damit schien die Sache für den Senat erledigt zu sein. Nur durch eine kleine Anfrage aus der Opposition kam zwei Wochen nach dem Brand heraus, dass tatsächlich Uranhexafluorid und Brennelemente an Bord des Schiffes waren. Und es brauchte noch eine weitere Anfrage um unter Anderem den Ablauf der Löscharbeiten im Detail und die TeilnehmerInnenzahlen der Kirchentagsveranstaltung zu erfahren. Erst in einer Sondersitzung des Innenausschusses, fast einen Monat nach dem Brand, äußerte sich der Innensenator zu dem Geschehen, nicht ohne das vorher erneut ein Feuerwehrsprecher mehr als eine Stunde lang technische Details der Brandbekämpfung referiert hatte. Für den Hamburger Senat (SPD) ist die Sache klar. Es ist doch nix passiert, wir haben eine tolle Feuerwehr, die jetzt ein beinahe ausgemustertes Löschboot behalten kann., und im Hafen

gibt es noch viel gefährlichere Sachen als UF6, so ist das nun mal als Hafen von Weltrang. Den Vergleich mit Bremen, wo ja zumindest Kernbrennstofftransporte verboten sind weist die SPD zurück, denn schließlich spiele man ja in einer Liga mit Rotterdam und Antwerpen. Dort würden letztlich die Sektkorken knallen wenn Hamburg sich aus dem lukrativen Atomgeschäft zurückzöge – ganz abgesehen vom Imageschaden den der Hamburger Hafen dadurch erleiden würde, ein Bedenken das die SPD mit CDU und FDP teilt. Die Risiken denen die BewohnerInnen der hafennahen Stadtteile Wilhelmsburg und Veddel ausgesetzt sind, tauchen in dieser Darstellung nicht einmal als Güterabwägung auf. Ein Grund mehr für die Gruppen im Hamburger Anti-Atom-Plenum die Bevölkerung dieser Stadtteile in den kommenden Monaten auf eigene Faust zu informieren.

Hamburg – Drehscheibe im internationalen Atomgeschäft

Vollkommen unter den Tisch fällt in der Einschätzung der SPD auch die Rolle des Hamburger Hafens als Deutschlands wichtigste Drehscheibe im internationalen Atomgeschäft. 117 meldepflichtige Atomtransporten in 2012 bedeuten das fast jeden dritten Tag ein Solcher durch Hamburg geht, und beinahe wöchentlich wird dabei UF6 am O´Swaldkai von den Schiffen der Atlantic Container Line (ACL) umgeschlagen. Diese transportieren angereichertes UF6 aus den Anreicherungsanlagen in Gronau und Almelo in die amerikanischen Brennelementefabriken von Westinghouse und Hitachi, und bringen auf dem Rückweg neben den restentleerten Behältern (Heels) auch Uranprodukte der amerikanischen Konversionsanalagen für die Anlagen in Gronau und Almelo, aber auch die Brennelementefabrik in Lingen mit. Daneben werden Brennelemente von Westinghouse aus dem Schwedischen Versteras und solche der Areva aus Lingen verschifft. Transporte dieser Art, stellen die Versorgung der AKW weltweit mit frischen Brennelementen sicher, sie sind eine Art Pulsschlag der Atomindustrie. Und da die Anlagen in Almelo, Gronau und Lingen in den vergangenen Jahren stark ausgebaut wurden, steigt die Zahl dieser „Versorgungstransporte" durch den Hamburger Hafen von Jahr zu Jahr. Nur an wenigen Orten wird der Etikettenschwindel hinter dem Begriff Atomausstieg so deutlich, wie im Hamburger Hafen. Zwar sind 8 AKW abgeschaltet worden, doch neun weitere sind noch am Netz, und werden jene Menge Atomstrom liefern, den die abgeschalteten Altreaktoren nach rot-grünem Atomkonsens noch hätten liefern dürfen. Es werden weiterhin Hermesbürgschaften für Reaktoren in aller Welt erteilt, ein Endlagerfindegesetzt wird aggressiv durchgesetzt, und wie oben bereits beschrieben, expandieren die Westdeutschen Atomfabriken. All dies fällt bei der Einschätzung des Hamburger Senats unter den Tisch. Und hat man die atompolitische Dimension des Brandes erst einmal unsichtbar gemacht lässt sich ganz hervorragend die Arbeit der Feuerwehr loben. Frei nach dem Motto es ist doch alles gut gegangen - bis es einmal schief geht. Neben dem Verschweigen der Gefahren von Atomtransporten durch den Hamburger Hafen, und dem Ignorieren der atompolitischen Rolle des Hafens, muss an dieser Stelle auch darauf hingewiesen werden das die Stadt Hamburg selbst Profit aus dem Atomgeschäft zieht, und dies gleich mehrfach. Zum Einen gehören die Kais an denen der Großteil der Urantransporte umgeschlagen wird (Altenwerder, Burchardkai, Unikai) zur städtischen Hafengesellschaft HHLA, zum Anderen besitzt die Stadt Hamburg einen erheblichen Anteil an den Aktien der Hapag Llyod, die jedes Jahr zahlreiche Urantransporte von Hamburg nach Kanada und zurück durchführt (die Schiffe Toronto Express und Montreal Express).

Viele HamburgerInnen denken aktuell noch, dass nach dem Abschalten der in der Nachbarschaft liegenden AKW Krümmel und Stade, und dem Verkauf der HEW an Vattenfall, der Atomausstieg die Sache Anderer ist. Es wird seine Zeit brauchen bis die BewohnerInnen dieser Stadt begreifen, dass Atomausstieg in Hamburg bedeutet: Stoppt die Atomtransporte durch den Hamburger Hafen – Entwidmung sofort.

Nach dem Brand hat es bereits zwei Treffen gegeben, an denen fast alle in Hamburg aktiven Anti-AKW Gruppen beteiligt waren. Neben der guten Recherche von SAND, und den Anfragen der Linken, deren Ergebnisse es nun gilt in die Öffentlichkeit zu tragen, wird sich zeigen ob es gelingen kann Versorgungstransporte direkt anzugehen, und den politischen Druck auf die SPD hin zu einer Entwidmung des Hafens für Urantransporte zu erhöhen. Und natürlich gilt es auch die Forderung nach einer sofortigen Stilllegung der Atomfabriken in Gronau und Lingen auch hier im Norden stärker als bisher sichtbar zu machen. Es gibt viel zu tun, und wir sollten damit nicht warten, denn der Hamburger Senat spielt derweil mit dem Feuer.

Normalbetrieb

20.6.2013: Noch kurz vor Toresschluss erreicht uns die phänomenale Nachricht, das das Castor-Zwischenlager in Brunsbüttel vom OVG Schleswig seine Betriebserlaubniss entzogen bekommen hat, da es nicht hinreichend gegen abstürzende Linienflugzeuge geschützt sei. Das ist ein ziemlicher Knaller, denn im Prinzip gilt dies dann für alle Castorhallen in der Republik, einschließlich der in Gorleben. Wie Herr Altmeier da wieder herauskommen will, ist aktuell absolut unklar – wir dürfen gespannt sein.





















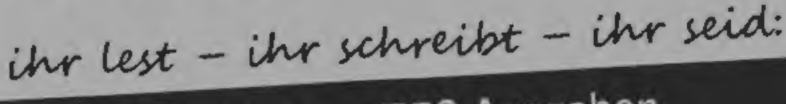






TOTGESAGTE LESEN LÄNGER!

INTERIM



25 Jahre ★ 750 Ausgaben

Monatliches Polit-Info aus Berlin – erhältlich in gut sortierten Buch- und Infoläden.















































